

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 1903 Nr. 4684) viertelj. 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr Abends.

Inserate werden bis 5 geschaltete Zeitzeile über deren Raum mit 25 Pf. für Gewerbschäften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## Militärisches und Wirtschaftliches.

\* Leipzig, 7. September.

Aus London wird uns geschrieben: Eine Flut von amtlichen Berichten und statistischen Mitteilungen ergiebt sich gegenwärtig über England: Berichte über den südafrikanischen Krieg, über Ein- und Auswanderung, über die Lage der Industrie und Finanzen; Statistiken über Bevölkerung, Einkommensteuern, Warenpreise etc. Es ist eine Art Bilanzaufstellung über eine große Vergangenheit, mit der die Regierung intensiv beschäftigt ist. Die Arbeit wird mit erkenntenswerter Unparteilichkeit ausgeführt; sie beschönigt nichts und will auch nichts beweisen; die Berichte beschränken sich auf die Wiedergabe der gefundenen Tatsachen, die Statistiken enthalten sich aller Kommentare. Die Regierung fordert die Nation auf, über die Lage Englands nachzudenken und sich für oder gegen Änderung der Freihandelspolitik zu entscheiden.

Die Berichte über den südafrikanischen Krieg müssen für jeden Briten eine schmerzhafte und tiefbeschämende Lektüre sein. Wir haben von der Geisteskrise des zeitgenössischen Englands nie eine gute Meinung gehabt; wir haben mit dem Urtheile darüber auch nicht zuriückschauen. Aber die Untüchtigkeit und Denkschärflichkeit, wie sie die Untersuchungskommission in den Kreisen der herrschenden Klasse gefunden hat, übersteigen die schlimmsten Ahnungen der Beobachter Englands. Es ist nicht die geringste Übertreibung, wenn behauptet wird, daß die 30—40 000 Buren nahe daran waren, das britische Weltreich mit seinen 400 Millionen Menschen zu zertrümmern. Trotzdem sich der Konflikt in Südafrika immer mehr zugespielt hatte, machte die Regierung gar keine Vorbereitungen, einen erfolgversprechenden Krieg führen zu können. Es fehlte an Uniformen; die Gewehre waren fehlerhaft visiert; die Patronen Nr. VI., von denen 60 Millionen Kunden vorhanden waren, erwiesen sich als schlecht; die Patronentaschen schlossen nicht, so daß der Inhalt verloren ging; die Kavalleriestäbel waren — nach Aussage des Generals French — ganz unbrauchbar. Die zwei Armeecorps, die für den kolonialen Dienst bestimmt waren, hatten keinen Train und keine Zugtiere. Jemand ein Feldzugsgespann wurde nicht ausgearbeitet. Als der Kriegssekretär darüber befragt wurde, meinte er, ein Plan wäre nicht nötig, da doch die Generale wohl wüssten, daß es ihre Pflicht sei, zu kämpfen. Es fehlte sogar an Südafrikanischen Landkarten. Zwischen dem Kriegsministerium und der Heeresleitung bestand gar kein Zusammenhang, ebenso wenig zwischen den operierenden Generälen im ersten Kriegsstadium. Überall Anarchie und heillose Betörung. Oft kommt im Berichte der Untersuchungskommission die Bemerkung vor: „Nichts wurde logisch durchdacht“. Diese Bemerkung paßt

auf ganze englische Leben. Das moderne England fürchtet das legale Durchdenken. Und die Halbheit und das dummschlame Praktischsein rächtet sich furchtbar: sie kosteten viele Tausende von Menschenleben, abgesehen von den Hunderttausenden von Tieren und den 280 Millionen Pfund Sterling. Ein Mitglied der Kommission, Sir Georg Goldie, bemerkt: „Nur durch eine außerordentliche Verbindung von äußeren und inneren Glücksfällen wurde das britische Reich im Jahre 1900 gerettet, aber wir dürfen auf eine Wiederholung solcher Glücksfälle nicht rechnen, wenn uns die nächste nationale Gefahr unvorbereitet finden sollte“. Ob England aus dem Berichte lernen wird, ist sehr fraglich. England scheint nicht mehr lernen zu können; es wird so langsam zu Grunde gehen, bis es von den Vereinigten Staaten annektiert werden wird, wie einst Hellas von Mazedonien eroberd worden ist.

Aus den statistischen Tafeln, die in den letzten Wochen von der Regierung veröffentlicht wurden, ist es klar, daß die industriellen Energien Englands abnehmen. Die Produktion geht zurück, dafür aber wachsen Handel und Verkehr und Kapitalausfuhr. Zuerst verlor England den Aderbau, jetzt verliert es langsam die Industrie, und wird gleich Holland zu einem Transport- und Geldvermittler. Dafür sprechen folgende Ziffern:

Von der Bevölkerung von England und Wales gehörten Personen	
zur Landwirtschaft im Jahre 1881	7,1 Prozent
" " 1891	6,0 "
" " 1901	4,5 "
zur Industrie	
" " 1881	88,2 "
" " 1891	88,1 "
" " 1901	82,9 "
zum Handel	
" " 1881	5,0 "
" " 1891	6,8 "
" " 1901	7,8 "
zu den Berufslosen	
" " 1881	42,0 "
" " 1891	41,5 "
" " 1901	48,4 "

Die Abnahme der Arbeiterzahl in der Textilfabrikation, der Stoffindustrie Englands, ist besonders bemerkenswert. Diese Zahl sank von 830 351 im Jahre 1890 auf 182 532 im Jahre 1898. Daß diese Abnahme einen Rückgang der Textilindustrie bedeutet, zeigt auch der Rückgang der Baumwollseinfuhr.

Dafür steigt die Einnahme aus Kapitalanlagen und Anleihen in den Kolonien und im Auslande. Diese Profite stiegen von 80,6 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1881 auf 54,7 im Jahre 1891 und auf 62,6 im Jahre 1901. Es wird aber allgemein angenommen, daß diese Angaben, die zu Zwecken der Einkommensteuern gemacht wurden, viel zu niedrig sind. Die englischen Kapitalisten begießen als Profite vom Auslande etwa 90 bis 100 Millionen Pfund Sterling jährlich. — dies ist die Ansicht der bedeutendsten Statistiker Englands.

Schließlich zeigt England — wie jedes andere kapitalistische Land — die Tendenz zur Kapitalkonzentration. Das Brutto-Einkommen, das zur Feststellung der Einkommensteuer angegeben wurde, war in den zehn Jahren 1891—1901 von 678 Millionen Pfund Sterling auf 867 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Dagegen zeigt die Zahl der Personen und Firmen, die Einkommensteuer zahlen, eine Abnahme, denn im Jahre 1891 waren es 471 046 Personen und Firmen, die Einkommensteuer zahlten, aber im Jahre 1901 nur 444 853. Das Kapital wuchs, die Zahl der Kapitalisten nahm ab. Das bedeutet eine Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen. Diese auffällig nachgewiesene Tatsache wird bestimmt von den Anarchisten, wie Kropotkin etc., und von den deutschen Sozialreformern gelehnt.

Das jährliche Gesamteinkommen des Vereinigten Königreichs wird auf 1700 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Nach der früher angegebenen Statistik sind es kaum 445 000 Personen und Firmen, die die Hälfte des englischen Gesamtein kommen einsteilen. Das Vereinigte Königreich zählte im Jahre 1901 41,4 Millionen Einwohner. Daraus läßt sich die frappante Ungleichheit in der englischen Einkommensverteilung leicht ersehen.

Die Tendenz des modernen Englands, die heimische Produktion zu schwächen und den Transport- und Geldhandel zu fördern, wirkt selbstredend den Chamberlainischen Wälen entgegen. Die Hochfinanz und die Reeder, in denen sich diese Tendenz verkörpert, sind gegen jede Beschränkung des Aus- und Einfuhr, da ihre Interessen im Auslande und auf der See liegen.

Schon aus diesen Ziffern und Bemerkungen läßt sich ersehen, daß Chamberlain kein gewöhnlicher Demagog ist. Er ist einer der wenigen bürgerlichen Politiker Englands, die sich über die Lage klar sind. Allerdings liegt die Stellung Englands nicht dort, wo er sie sieht. Wenigstens muß es ihm als Verdienst angerechnet werden, daß er die Krankheit seines Vaterlandes sieht, während die liberalen und radikalen Politiker das Verderben Englands beschleunigen.

## Politische Übersicht.

Eine Glanzleistung Molochs.

Beim Vorwärts war vor einigen Wochen ein Brief eines bei einem Berliner Regiment dienenden Soldaten eingegangen, mit Beschwerden über Missstände in einer bestimmten, genau bezeichneten Kompanie. Gewiß einem Wunsche, der oft vom Tische des Bundesrats geführt worden ist, hing der Vorwärts die Sache nicht an die große Glocke, sondern ließ sie durch seinen militärischen Verlegerstatter Nehlein der vorgefeierten Militärbehörde zur Prüfung und Untersuchung unterbreiten, natürlich ohne den Originalbrief zu überreichen oder den Namen des beschwedernden Soldaten zu nennen.

Seuilleton.

Magazin und Co.

## Jena oder Sedan?

Roman von Franz Adam Beyerlein.

Die Alte hörte einen Augenblick zu arbeiten auf und stützte sich auf den Stiel ihres Werkzeuges. Dann erwiderte sie mit ihrer ruhigen, einschlägigen Stimme: „Sie sagten mir, daß er bald sterben würde, und die Toten sind die größten Könige der Erde.“

Der Värtige blickte erstaunt auf „Warum, Mutter?“ fragte er.

Und die weishaarige Frau antwortete in dem alten, gleichgültigen Tone: „Sie sind frei. Sie haben keine Wünsche und keine Sorgen mehr. Niemand mehr kann Ihnen etwas zuliebe oder zuleide tun.“

Der Sohn entrüstete sich.

„Mutter!“ verzerrte er, „wenn Sie solche Nebenführern, kann man es den Bauern nicht verdenken, daß sie Sie für nicht richtig im Kopfe halten.“

Die Alte lachte verächtlich und büßte sich wieder zu ihrer Arbeit.

Nach einer Weile fügte sie noch hinzu: „Uebrigens kann die Gutsverwaltung in Wien auch gar nichts darüber haben. Wenn bei uns Platz für Einquartierung verlangt wird, müssen wir ihn geben, so gut wie ich haben.“

Der Sohn erwiderte nichts, und beide fuhren eifrig in ihren Berichtigungen fort.

Vogt sah ihnen eine Zeitlang gedankenlos bei ihrem

Graben und Hacken zu. Als er sich in das Zimmer zurückwandte, fiel ihm die dumpfe Lust des lange nicht gelüfteten Raumes bestimmt auf die Brust. Der Todesschnuppernus seines Verbandes dunkelte ihn unerträglich. Er rückt an den beiden untersten Fensterriegeln. Die Rahmen klemmen, und er mußte alle Kraft anwenden, um das verquollene Holz auseinander zu bringen. Endlich gaben die Flügel nach, aber es öffneten sich nicht nur ein paar Scheiben, sondern das ganze, deckenhöhe Fenster teilte sich und ließ einen leisen Wind ein, der im Augenblick allen Dunst aus dem Zimmer fegte.

Durch diese Öffnung erkt, die wie ein Tor ins Freie führte, sah Vogt das Höchstliche an diesem Zimmer: — den Ausblick.

Das Schloßchen war auf einer kleinen Erhebung der Hochebene erbaut. Diese Hochfläche senkte sich allmählich in das Tiefland hinab, aber die Täler waren scharf und schroff in das Gebirge eingeschnitten. Der Erbauer hatte sich ein Hütt aus der Talwand herabpringendes Plateau ausgesucht, um darauf sein Jagdhaus zu errichten. Nun schaute man das fast gradlinig verlaufende Tal von dieser Warte aus eine weite Strecke entlang. Die Berge, die zu beiden Seiten den munteren Lauf eines Baches begleiteten, wurden allmählich niedriger, die Talsohle gewann immer mehr an Breite und Unmut, und schließlich zeigte sich ganz am Ende des Tales ein Ausschnitt der Ebene, in deren Fernedunst der Wasserlauf sich unmerklich verlor.

Gerade dieser entfernte Fleck Erde war von den Strahlen der untergehenden Sonne am hellsten beschienen. Zwischen den ernsten, dunklen Waldungen der Tälchen nahm er sich wie ein schöner Garten Eden aus, wie die lichte Beleuchtung des gelobten Landes. Frucht-

barkeit und Segen, Frieden und Glück schienen dort zu wohnen.

Nun trat die Sonne, schon ein wenig röthlich strahlend und nahe am Horizont, hinter dem diesseitigen Talvorprung hervor. Eine Flut von Licht strömte durch die weite Öffnung in das Zimmer und umflog wärmend und belebend den Todewunden auf dem Prunkbett.

Vogt glaubte einen Seufzer gehört zu haben und eilte zu dem Lager hin.

Über Klübing ruhte noch genau so stark wie vorher auf dem weißen Laken, und der Atem ging noch immer feucht ein und aus.

Und doch empfand Vogt einen frohen Schrei.

Hatte sich nicht das Gesicht des Kameraden verändert? War es nicht lebensvoller geworden? Ein Ausdruck des Schmerzes schien sich jetzt in den Zügen auszuprägen, und die bleiche Farbe schien einer ganz leisen Röte gewichen zu sein. Zuweilen flog sogar ein flüchtiges Zucken über das Antlitz, die Lippen öffneten sich ein wenig, und die geschlossenen Augenlider zitterten.

Aber dann lag der Schreiber sogleich wieder starr und steif da.

Trotzdem richtete sich Vogt, wie von einer Last befreit, von dem Bett in die Höhe. Mit einemmal — er vermochte nicht zu sagen wie — war eine starke Übersicht über ihn gekommen, daß der Freund genesen müsse, daß er alle Krankheit und alles Leid siegreich überwinden würde. Mit frischen Schritten ging er im Zimmer umher. Er betastete die Verzerrungen des Holzbelags an den Wänden und beschaut mit hellen Augen die Brüder der Möbel und die mit nackten Engelchen bemalte Decke.

Sieht, da er die Gewissheit hatte, daß der Kamerad

Zunächst erhielt Nehbein eine sehr höfliche Antwort von dem Obersten des Regiments, um das es sich handelte. Dann wurde ihm für seine Mitteilungen gebaut, jedoch mit dem Hinzufügen, daß leider die Untersuchung nicht geführt werden könne, ohne daß der Beschwerdeführer bekannt würde. Natürlich ließ sich Nehbein darauf nicht ein, wurde dann aber nach einiger Zeit vor das Militärgericht geladen, um wieder nach dem Namen des Beschwerdeführers gefragt zu werden. Auf die abermalige Verweigerung seines Bezeugnisses wurde er erst zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt, dann aber am Sonnabend früh aus dem selben Grunde verhaftet.

Wir können dem Vorwärts nur darin bestimmen, wenn er sagt, daß Verfahren gegen seinen Mitarbeiter sei noch unendlich viel mehr zu verurteilen, als die sonst landesüblichen Fälle des Bezeugungszwangsvorfahrens gegen Zeitungsredakteure. Diesmal ist gar nichts veröffentlicht worden, sondern die Presse hat die ihr zugegangenen Mitteilungen einfach bemüht, um in dem ihr amtlich so oft angekündigten Instanzenzugreise Klarheit und Abhilfe zu schaffen. Nehbein hat niemand beleidigt oder auch nur angegriffen, sondern er hat als der Vertreter einer ihm übertrauten Beschwerde lediglich die Militärbehörde erachtet, in ihrem eigenen Interesse eine Untersuchung anzustellen. Für diese gerade im Sinne der Behörde anerkannte Handlung wird er nun durch Einsperrung bestraft. Man will ihn zwingen, zum gewissenlosen Verkäufer zu werden, die Ehrenpflicht des Redaktionsgeheimnisses zu brechen und einen armen Teufel von Soldaten ins Unglück zu stürzen. Das ist der noble Dank der Militärbehörde dafür, daß einmal ihren eignen Wünschen entsprechend nicht durch die Presse, sondern durch persönliche Mitteilung ihr Gelegenheit gegeben wurde, Missständen abzuheulen.

Der Militarismus wird seinen Willen nicht durchsetzen, er wird das arme Opfer nicht schlachten, noch dessen Blut er lechzt. Möglich, wie er sein mag, wird er an der Ehre eines Ehrenmannes scheltern. Über den Volksmassen wird sich diese Glanzleistung des militärischen Geistes mit Flammenzügen ins Herz schreiben.

#### Der britische Gewerkschaftskongress.

Aus London schreibt man uns unter dem 5. September: Abgesehen von den gewöhnlichen Arbeiterschutzmaßnahmen, die jedes Jahr wiederkehren und mit grohem Beifall angenommen werden, wird der 36. Trade-Unions-Kongress, der am 7. September in Leicester zusammentritt, über eine wichtige politische Frage zu beschließen haben. Die Lage ist etwa die: unter dem Druck des Kapitals und der ungünstigen richterlichen Entscheidung der Trade-Unions-Kongress in Plymouth im Jahre 1899, ein politisches Komitee zu gründen, das für eine unabhängige parlamentarische Arbeitervertretung sorgen sollte. Dies war der Ursprung des oft genannten Labour Representation Committee (Komitee für Arbeitervertretung). Wie gewöhnlich in England, wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, ohne daß man sich über deren Bedeutung klar wird. Jeder wichtige Beschluß, jedes wichtige Gesetz hat hier nur ein unmittelbares Bedürfnis und ein sofort zu verwirklichendes Ziel im Auge. Da aber das soziale Leben nicht aus einzelnen, zusammenhangslosen Tatsachen besteht, sondern eine ununterbrochene, festgefügte Entwicklungskette bildet, so werden die Engländer im Verfolg der gefaßten Beschlüsse und gemachten Gesetze vor Situationen gestellt, die ihnen als schreckliche Überraschungen oder als Intrigen vorkommen. Vor einer solchen Lage stehen wir jetzt in Bezug auf den Beschluß von Plymouth. Die Gewerkschaften wollten eine parlamentarische Arbeitervertretung. Für jeden logisch Denkenden hieß dies, daß sie den politischen Massenkampf wollten. Aber der Kongress von Plymouth war sich eben über den Beschluß nicht klar, und es dauerte einige Jahre, bis die Gewerkschaften darüber nachzudenken begannen. Erst auf dem dritten Kongress des Komitees für Arbeitervertretung, abgehalten in Newcastle am 19., 20. und 21. Februar 1903, wurde eine Resolution mit 659 000 gegen 154 000 Stimmen angenommen, die den Arbeiterschülern die Pflicht auferlegte, sich von den bürgerlichen Parteien fernzuhalten und die Bildung einer besonderen Arbeiterfraktion im Parlamente anzustreben. Erst nach Annahme dieses Beschlusses fühlten die liberalen Arbeiterschüler und die bürgerlichen Politiker, daß eine proletarische Masse im Anzuge begriffen sei. Viele dieser Herren waren schrecklich überrascht, andere sahen darin eine sozialistische Intrige, und sie gingen daran, den Beschluß von Newcastle zu beseitigen.

davon aus, daß der liebe Kiel da in dem breiten Bett unter dem hölzernen Himmel und von einer Königskrone überdacht, der Gesundheit entgegen schlummerte, konnte er sich diese seltene Umgebung immerhin einmal recht genau betrachten.

Bei seinem Spaziergang bemerkte er ein vergilbtes Blatt, das mit einer Stroh an den Türkosten festgeheftet war. Er blieb davor stehen und las die darauf geschriebenen Zeilen. Sie waren in altertümlich gebräuchlichen Zügen geschrieben und gaben offenbar eine Notiz für den Kastellan ab, wenn er Fremden das Schloß zeigte.

#### Auf dem Zettel stand:

"In diesem Prinzenraum haben genächtigt  
A. D. 1750 des Königs von Böhmen Majestät, der durchlauchtigste Herr Fridericus Augustus, Thurn und Taxis, zur Jagd anwesend mit unserem gnädigsten Herrn,

A. D. 1752 der durchlauchtigste Herr Fridericus, Herzog zu Gotha, zur Jagd auf Dammhirschen mit unserem gnädigsten Grafen;

es haben gerastet dahier

A. D. 1757 Friderici secundi, des Königs von Preussen Majestät, als sie das Gebürg nach Böhmen passierten,  
A. D. 1813 Seine Exzellenz, der Kaiserlich Französische General Vandamme."

Bogt lachte vor sich hin. Zum Teufel! Da war Alting in eine vornehme Gesellschaft geraten. Zwei Könige, ein Herzog und ein General! Und er freute sich auf das erstaunte Gesicht des Freundes, wenn er ihm erzählen würde, wer da alles vor ihm in dem großen Beunkult gelegen hatte.

Er ging zu dem Lager zurück, um sich gleich noch ein-

In diesem Sinne arbeiteten in den letzten sechs Monaten die liberalen Blätter und die von ihnen ausgehalteten Arbeiterschüler. Es gibt in London eine ganze Reihe von Journalisten, deren Hauptaufgabe darin besteht, die liberalen Arbeiterschüler einzufangen und sie in einer Flut von Lobpreisungen zu ertränken. Wird irgend ein Arbeiterschüler zum Parlamentsabgeordneten gewählt, so ist mit der größten Sicherheit zu rechnen, daß am folgenden Morgen in den liberalen Blättern Artikel erscheinen, in denen mindestens ein Dutzend Anekdote, Aussprüche &c. von dem brilliant labour leader (glänzenden Arbeiterschüler) erzählt werden. Und wenn noch dazu ein Interview mit ihm gebracht wird, so ist sein höchster Ehrengesetz erfüllt. Er wird sodann mit aller Energie den Sozialisten entgegentreten, die ihm von der Lehre des Klassenkampfs was sagen.

Mit diesen Machinationen der liberalen Partei wird der diesjährige Kongress in Leicester zu rechnen haben. Es liegen mehrere Anträge vor, die den Beschuß von Newcastle umstoßen wollen. Man ist vor allem bestrebt, das Komitee für Arbeitervertretung von den Sozialisten zu säubern. Werden unsre Genossen aus dem Komitee hinausgewählt, so wird es den Liberalen leichter sein, die alten Positionen wieder zu erobern.

Die liberale Wahlarbeit wird gefördert durch die Chamberlainischen Wahlvereinspläne, die ebenfalls zum Gegenstand der Kongressberatungen werden sollen. Da die englischen Arbeiter keine eigenen Ansichten über Politik und Wirtschaftsleben haben, so werden sie in den Kriegskräften der Liberalen für billiges Brot einstimmen und an die liberale Politik wieder Anschluß suchen.

Schließlich wird sich der Kongress mit dem Gewerkschaftsrecht beschäftigen. Wie bekannt, wurde am 8. Mai 1903 im Parlamente beschlossen, eine Kommission einzuziehen, die die Lage des Gewerkschaftsrechts untersuchen soll. Die Kommission besteht aus fünf Personen: drei Juristen, einem Großindustriellen und Mr. Sidney Webb. Ein direkter Vertreter der Gewerkschaften wurde nicht ernannt. Die Arbeiterausschüsse liegen sich dies ruhig gefallen, bis die Sozialisten eine Agitation ins Leben rufen für die Ernennung eines Gewerkschaftlers. Erst der Agitation unserer Genossen gelang es, die Gewerkschaften zu bewegen, eine solche Forderung zu stellen und sich bis dahin aller Aussagen zu enthalten. Es scheint, daß der Trades-Unions-Kongress in diesem Sinne entscheiden wird.

#### Deutsches Reich.

##### Graf Villow und „die Wissenschaft“.

In der bürgerlichen Presse wird seit einigen Tagen einmal wieder über die „Freiheit der Wissenschaft“ und ähnliche erhabene Dinge gedroschen. Der Leiter des preußischen historischen Instituts in Bonn, Professor Schulz, hat durch den päpstlichen Archivbeamten Chole ein Komvolut Akten über den Ablöstreit vom Jahre 1517 zur Veröffentlichung erhalten, ist aber vor dieser Veröffentlichung zurückgeschreckt, weil „der Gelehrte mit den Ultramontanen in Konflikt geraten“ sei; auf eine Anfrage beim Reichskanzler habe er auch von diesem den Bescheid erhalten: Ignorieren!

Viel härter als diese Dinge selbst, ist die bürgerliche Heuchelei zu labeln, die darüber einen gewaltsamen Sturm macht. Was tut denn Graf Villow anders, als was alle seine Vorläufer in der Regierung des preußischen Staats getan haben, was auch Bismarck tat, da er das Werk des „weltgeschichtlichen Kulturstamps“ begrüßt, sobald er einsah, daß er nur mit ultramontaner Hilfe den im Jahre 1878 beginnenden Brotnucker durchsetzen könnte. Um den Ultramontanismus bei guter Laune zu erhalten, tritt Graf Villow die „Wissenschaft“ mit Füßen, wie es Bismarck auch getan hat.

Über jeden einzelnen Fall einer altherkömmlichen preußischen Praxis einen Lärm zu erheben, als handle es sich um unerhörte Dinge, heißt nur diese Praxis unterschätzen. Das sollten sich die liberalen Organe, die augenblicklich über die gefährliche „Freiheit der Wissenschaft“ aus dem Häuschen sind, hinter die Ohren schreiben.

\* Berlin, 7. September. Zur Regelung der Funken-telegraphie halle Deutschland, wie bereits neulich mitgeteilt, im August eine internationale Konferenz nach Berlin eingeladen, an der Österreich-Ungarn, Italien, England, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Russland teilnehmen. In Verfolg dieser Konferenz wird im nächsten Jahre eine

mal das Schauspiel zu besehen, wie ein gemeiner Kanonier, ein armer Schreiber, in einer Königsschlosshalle schließt.

Aber da war unterdessen etwas geschehen, etwas, das ihn im Schreiten plötzlich stille stehen ließ und ihn sprachlos machte. — Alting war erwacht.

Der Starke hatte den Kopf zur Seite geneigt. Seine Augen standen weit offen und sahen durch das hohe Fenster hinaus. Nun streiften sie mit einem Blick den Freund; sie schienen ihn zu erkennen und leuchteten in einer innigen Freude auf. Dann kehrten sie zu dem Wilde zurück, das sich ihnen im Rahmen des Fensters bot. Lingebendet blickten sie in die abendliche Glut der Sonne, die schon zur Hälfte unter den Horizont untergetaucht war.

Das Antlitz des Sterbenden war in einem ruhigen Glühen verklart. Er stand auf der Schwelle des Paradieses und meinte es in jener schönen Landschaft der fernen Ebene zu schauen, die das scheidende Tagesgestirn nur mehr mit einem zartgetönten Schimmer übergoß.

Und die Erde rüstete sich, dem Scheidenden einen Abschiedsgruß zu weihen.

Der Sommer, der schon vor dem rauhen Herbste in ein wärmeres Land geflohen war, machte sich auf und kehrte auf den Flügeln eines lauen Windes über die Berge zurück. Sein Odem wärmte die erhaltenden Glieder des zur Ruhe Gehenden.

In seinem Hauche gedachten die Vögel der schöneren Seiten des Jahres und sangen den Ohren des Mädchens ein sanftes Schlummerlied.

Die Wipfel der Bäume neigten sich und fächelten der Todwunden Lunge ihren köstlichsten Duft.

Und die Sonne kühlte die Augen des Sterbenden, und er lebte durch ihr Licht. Unverwandt schaute er in

internationale Hauptkonferenz für drahtlose Telegraphie in Berlin stattfinden. Wie bei der Vorkonferenz wird die Einladung wiederum von Seiten des Deutschen Reiches ausgehen. An der Hauptkonferenz werden sich nicht nur die an der Vorkonferenz beteiligten Staaten England, Frankreich, Italien, Österreich, Russland, Spanien, Ungarn und die Vereinigten Staaten beteiligen, sondern auch Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Portugal, Griechenland. Gegenstand der Verhandlungen sollen die Ergebnisse der Vorkonferenz sein.

Aus der Untersuchungshaft entlassen ist am Sonnabend Genosse Leib vom Vorwärts. Gleichzeitig ist dem Vorwärts die Anklageschrift gegen „Leib und Genosse“ zugegangen. Darin ist das Verfahren gegen Leib wegen Majestätsbeleidigung und groben Unfugs zusammengekoppelt mit der Klage gegen Realisten wegen Beleidigung des Hofmarschalls v. Trotha. Da Majestätsbeleidigungsprozesse gewöhnlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, so ist durch jene willkürliche Verbindung zweier verschiedener Prozeßverfahren die Möglichkeit geschaffen, die ganze Kaiserin-Angelegenheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln.

**Der Danziger Wahlkrawall vor Gericht.** Es ist nunmehr gegen 66 Personen Anklage wegen Aufruhrs, Aufstands und gegen 8 Personen außerdem wegen Rädelsführerschaft die Anklage erhoben worden. Die der Rädelsführerschaft Angeklagten haben sich am 28. September vor dem Schwurgericht in Danzig, die 66 anderen Personen dagegen bereits morgen vor der Strafkammer des Danziger Landgerichts zu verantworten. Die Verteidigung werden u. a. die Rechtsanwälte Dr. Seyda und Dr. Adamowski (Kattowitz) führen.

**Danziger Gerechtigkeit.** Während des Wahlkampfes berichteten wir über einen brutalen Überfall, der in Danzig von einer Rotte Klerik verhetzter Arbeiter auf einige sozialdemokratische Flugblattverteiler verübt wurde. Um einige Klerikale Lügen, die teils in, teils vor den Kirchen verbreitet wurden, entgegenzutreten, verteilten unsre Genossen in der Nähe der Kirchen ihre Flugblätter, und dabei wurden sie dann an mehreren Stellen überfallen, brutal mißhandelt und mit dem Tode bedroht. Schuhleute waren nicht zu finden. Zwei der Opfer fanden erst nach einer Viertelstunde einen Schuhmann, dessen ganzes Einseiten sich aber darauf beschränkte, die beiden — wegen „verböten“ Flugblattverteilens zu notieren. Weil es in einem hinging, notierte er auch gleich noch einen dritten ganz unbeteiligten Menschen, der nur den Überfall mit ansehen hatte und voller Entrüstung sich freiwillig als Zeuge entbot! Wir haben auch bereits mitgeteilt, daß der Staatsanwalt die Verfolgung der „christlichen“ Klerikale ablehnte. Jedoch hat der Oberstaatsanwalt auf eingelagerte Beschwerde die Sache aufgenommen und vorläufig die Fortführung der Untersuchung angeordnet. Ob es zur Erhebung der Anklage kommt, weiß man noch nicht. Sehr plakativ dagegen stellte sich für jeden der drei Notierten ein polizeiliches Strafmandat über 8 Mark ein. Von den Bettelverteilern des Centrums, die ebenfalls vor den Kirchen ihre Flugblätter verteilt hatten, hat bis heute noch keiner ein Strafmandat erhalten. Selbstverständlich wurde Widerspruch erhoben, und so standen denn die drei am 2. September vor dem Schöffengericht. Der Schuhmann, der auf allen Strafmandaten als einziger Zeuge genannt war, wußte aus eigener Wahrnehmung gar nichts. „Die Leute hätten es ihm gesagt.“ Daraufhin wurde der unbeteiligte Dritte dann natürlich freigesprochen. Für unsre beiden Genossen machte der Verteidiger geltend, daß sie laut § 48 der Reichsgerichtsordnung während der Wahlzeit zum Bettelverteilern befugt gewesen seien. Dagegen führte der Ankläger eine — Danziger Polizeiverordnung ins Feld, jene berühmte Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage. Selbst diese, so legte der Verteidiger dar, könne die Strafe nicht rechtfertigen, denn die Angeklagten hätten ja gar nicht „gearbeitet“, sie seien auch für ihre Tätigkeit nicht bezahlt worden. Bei diesem Wortwechsel zwischen Ankläger und Verteidiger kam dann auch beiläufig der Überfall mit zur Sprache. Der Ankläger sagte nämlich: „Es handelt sich übrigens um ganz gewöhnliche (?) Flugblätter. Das Volk hat sich selbst dagegen aufgelehnt. Es hat die Schuhleute geholt und einige der Verbreiter haben, wie ich von anderer Seite höre, eine ordentliche Prüfung bekommen.“ Und als der Verteidiger nunmehr den brutalen Überfall schützte, sagte der Ankläger: „Nu, wenn die Leute auch so herausfordert werden!“ — Man sieht, wieviel doch die persönliche Auffassung des Anklägerbeamten ausmacht. Je nachdem sie ein Ding so oder so anschauen, ist es ein Landfriedensbruch oder eine einfache Prüfung.

Das Gericht bestätigte die Strafmandate gegen unsere beiden Genossen. Beweislos, so führte der Vorsitzende aus, bestehe zwischen dem Reichsgericht und dem Danziger Polizeiverordnung ein Widerspruch. Nach der Polizeiverordnung aber

die strahlende Scheibe, bis sie sank und verschwand. Als er sie nicht mehr sah, irrte ein Ausdruck der Angst über seine Züge. Es war, als ob er sich in der Finsternis fürchtete, als ob er etwas Entzweindenes suchte. Da schloß er die Augen und fand das Paradies.

#### XI.

Reserve hat Ruhe,  
Reserve hat Ruhe,  
Und wenn Reserve Ruhe hat,  
So hat Reserve Ruhe.  
(Reservistenlied.)

Das Generalkommando gab „in Unbeacht der besonderen Umstände und in vorzugsweise Erwägung der aus einer Befolgeung des vorge schriebenen Wegs resultierenden Umständlichkeiten“ dem Antrag des Österreichischen Feldartillerieregiments Nr. 80 statt und willigte ein, daß „der am 16. September tödlich verunglüchtete Kanonier Heinrich Karl Alting der 6. Batterie im nächsten Zuständigkampf beerdigt werde“. Die Orde schloß: „Die Kosten des Begräbnisses des pp. Alting sind einstweilen vom Regiment zu liquidiert, demnächst aber bis 1. Oktober a. c. anher zu melden.“

Demzufolge wurde die Feier auf Donnerstag, den 19. September, vier Uhr Nachmittags, festgesetzt.

Über das Manöver hatte sich während der drei zwischenliegenden Tage nach der Ebene gezogen, so daß zwischen dem Jagdschlößchen und dem Quartierort, den das Regiment am Beerbergungstage belegen sollte, nahezu drei Meilen lagen. Diese Entfernung zurückzulegen brauchte es einen Fußmarsch von vier Stunden.

Es war daher unmöglich, eine größere Zahl Mannschaften an dem Begräbnis teilnehmen zu lassen. Die Leute würden von den Übungen des Vormittags ex-

müsse Bestrafung eintreten. — So ist denn also festgestellt, daß in Danzig eine Polizeiverordnung mehr gilt, als ein Reichsgesetz. Ein wunderbares Monument deutscher Rechtschafftneit aber ist jener Schützmann, der, von einem Leberrufenen um Schutz angerufen, sich um weiter nichts kümmert, als um eine kleine Leberrufung, und nicht minder jener Amtsamt, den die „ordenische Tracht Brügel“ fast läßt, der aber großen Eifer entwölft, um die Verteilung sozialdemokratischer Flugblätter zur Bestrafung zu bringen.

**Kriegsgerichtliche Verurteilung eines Schwachsinnigen.** Der Unteroffizier Dammbrück von dem Kürassierregiment Nr. 8 in Köln-Denk war von dem Kriegsgericht der 15. Division zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er von November vorigen Jahres bis Mai dieses Jahres, also mehr als sechs Monate lang, den Kürassier Knein, einen infolge Schwachsinn nachlässigen und unsanberen Soldaten, wöchentlich mindestens einmal durch Stoße gegen die Brust und Tritte in das Gesäß misshandelt und ihn beleidigt hatte. Einmal hat er dem K. sogar einen Stoß versetzt, als dieser Wache stand. Das Oberkriegsgericht erhöhte infolge der Berufung des Gerichtsherrn die Strafe auf zwei Jahre Gefängnis und Degradation, indem es den Unteroffizier auch wegen Angriffs auf einen Wachposten verurteilte. Der Misshandelte halte sich dann selber infolge seiner eigenen und der Berufung des Gerichtsherrn zu verantworten. Das Kriegsgericht hatte ihn zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil er seinen Peiniger, den Unteroffizier Dammbrück, bedroht und beschimpft haben soll, was er bestreitet; der Unteroffizier aber bestingt: Der Soldat hatte ein kleines Loch in der Hose, als er beim Reiten neben dem Pferde stand; als der Unteroffizier auf ihn zukam, hielt er die Hand auf das Loch. Der Soldat glaubte, er werde wieder misshandelt und hob den Arm hoch. Dabei soll er gesagt haben: „Hund verdammt!“ Der Unteroffizier bezeugte dies und behauptet, der Soldat habe ihn geschlagen wollen. Ferner soll er ein Paar Stiefel entwendet haben. Der kätzische Sachverständige hält den Knein nicht für einen Idioten, aber für schwachsinnig; er habe nicht das Bewußtsein seiner Handlungen; an einen Diebstahl habe Knein bei der Wegnahme der Stiefel nie gedacht. Ein Antrag, den K. zur Beobachtung in eine Irrenanstalt zu bringen, wird abgelehnt. Der Verleidiger beantragt Freisprechung. Das Oberkriegsgericht verurteilt den Schwachsinnigen wegen Gehoramsverweigerung zu zwei Monaten, wegen Achtungserweiterung in Verbindung mit Bedrohung gegen einen Vorgesetzten zu fünf Monaten Gefängnis und wegen Diebstahls zu zwei Wochen Mittelforrest, welche Strafen zusammengefaßt wurden in sechs Monaten Gefängnis. — Das ist Militärjustiz!

**Das Verteilen von Flugblättern am Sonntag ist nicht strafbar** laut Urteil der Clever Strafkammer. Von Seiten der Clever Polizei waren nämlich zwei Kreisler Genossen, weil sie an einem Sonntags während der Wahlbewegung in Cleve Flugblätter verbreitet hatten, mit Strafmandaten begünstigt worden. Das Schöffengericht in Cleve, welches von den Genossen zur Entscheidung angesehen worden war, sprach dieselben frei. Gegen dieses Urteil legte der Amtsamt, der gleichzeitig Polizeikommissar in Cleve ist, Berufung ein mit der Motivierung, daß das Verteilen der Flugblätter sei eine Arbeit, geeignet, den Sonntag zu entheiligen. Wie bemerkte, mußte sich nun die Strafkammer mit der Sache befassen, dieselbe kam zu einem Freispruch und legte der Staatskasse noch die Kosten der Verteilung für beide Instanzen auf. In dem Urteil wurde ausgeführt, daß das Verteilen von Flugblättern ebenso wenig als Arbeit zu betrachten sei, als die Bestellung von Briefen und Befehlen durch die Postboten.

**Kapitalistische Geheimschreiberdeuter.** Wegen sorgfältiger Vergehen gegen § 187 der Reichsgesetzesordnung wurde heute vor dem Schöffengericht Frankenthal gegen die Direktoren der dortigen Zunderfabrik Karcher u. Faulk, wie auch gegen den Betriebsdirektor Pollack verhandelt. Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, die in der Fabrik beschäftigten etwa 250 weiblichen Arbeitskräfte an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen schon seit langer Zeit über die vorgeschriebene, auf Nachmittags 5½, Uhr festgesetzte Zeit beschäftigt zu haben. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Direktoren je 800 Mk., gegen Pollack 150 Mk. Geldstrafe. Trotz der längere Zeit hindurch wiederholten Vergehen erkannte das Gericht für Karcher und Faulk auf je 100 Mk. und für Pollack auf 50 Mk. Geldstrafe.

**Zu den badischen Landtagswahlen.** In Mannheim stellte der sozialdemokratische Verein als Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen den seitlicher Vertreter Reichstagabgeordneten Dreesbach und Stadtverordneten Genossen Süßkind auf. Ihre Wahl ist nicht zweifelhaft.

**Die gehorsame Quelle.** Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mex.: Seit gestern Mittag führt die Bouillonquelle das Wasser wieder in die städtische Leitung, so daß wieder normale Verhältnisse eintreten.

**Zum Hochwasser in Schlesien.** Der gesamte, durch die letzte Hochwasserkatastrophe in Schlesien angerichtete Schaden

schöpfst sein und sollten am nächsten Morgen wieder frisch ihren Dienst tun. So verlas denn der Wachtmeister am Mittwoch abend einen Befehl, „diejenigen, die der Feierlichkeit beitragen wollten und sich den beschwerlichen Hin- und Rückmarsch zutrauten, sollten vortreten.“

Die Mannschaften zogen bedenkliche Gesichter. Fast alle hätten gern dem Kameraden, der einen so rühmlichen Tod gestorben war, die letzte Ehre erwiesen, aber acht Stunden auf den Beinen — noch dazu nach den Anstrengungen eines Manövers — das war zu viel.

Nur drei meldeten sich: Graf Plettau, Wolf und Druschek.

Oberleutnant Günz zeigte eine erstaunte Miene. Von den ersten zwei hätte er es niemals erwartet, und für den schwerfälligen Brauer bedeutete der Entschluß sicherlich auch eine große Überwindung. Aber brav war es jedenfalls von ihnen gemeint, und so mochten sie denn ihren Willen haben.

Für Vogt, der mit einem Heftpflaster über seiner Stirnwunde schon wieder Dienst tat, wollte er selbst sorgen: der Kanonier sollte auf dem Bock des Krüppels neben dem Autobus hinfahren. Denn er als Batterieführer und Reimers als Leutnant der Batterie waren nebst dem Wachtmeister gewissermaßen verpflichtet, an dem Begräbnis teilzunehmen. Außerdem sollte Sergeant Wiegandt als Vertreter der Unteroffiziere mitfahren, und schließlich hatten sich aus dem Stabsquartier Oberst von Falkenheim und Major Schrader mit ihren Adjutanten angezeigt.

Das Jagdschloß hatte am Ende des einen Seitenflügels einen kleinen, zu einer Kapelle eingerichteten Raum, und an den Park schloß sich ein von einem Geist umgebauter Platz, der als *„Mutter“ oder diente.*

berichtet, wie die Schlesische Zeitung berichtet, über 20 Millionen. Es sind 81 000 Hektar fruchtbare Land vollständig überchwemmt gewesen. Den Betroffenen werden am 1. Oktober größere Summen ausbezahlt.

**Wegen Vortommens von Thypusfällen unter der östlichen Bevölkerung zieht das 16. Armeekorps aus zahlreichen Orten des Saarreviers die manöverierenden Truppen zurück.**

**kleine politische Nachrichten.** Der Hilfsdragoman der russischen Botschaft in Konstantinopel, der Armenter Hodzibian, soll auf der Strafe von der türkischen Polizei verhaftet worden sein. — Die Mehrzahl der österreichischen Landtage ist für die zweite Hälfte des Monats September einberufen. Der böhmische und der tiroler Landtag treten am 29. b. M. zusammen. Die Landtage von Triest, Dalmatien, Istrien und Görz werden mangels dringender Vorlagen nicht einberufen.

### Belgien.

**Der internationale Kongress für Volkshygiene in Brüssel.**

In der 1. und 2. Sektion, welche vorgestern zusammengetroffen, wurde über die Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose beraten. Marmorek von dem Pasteurschen Institut teilte mit, daß er keinerlei Mitteilung hinsichtlich des neuen Serums gegen die Tuberkulose machen werde. Richtsdestoweniger entwidelt sich eine Debatte über die Theorie des Professors Koch, welcher behauptet, daß die Kindertuberkulose auf den Menschen nicht übertragbar sei. Professor Dejong von der Universität Leyden machte eine längere Mitteilung, aus welcher hervorgeht, er glaube, daß die Kindertuberkulose auf den Menschen übertragbar sei. Die Behörden hätten daher die Pflicht, zu verhindern, daß die Tuberkulose durch den Genuss von gefundheitsschädlichem Fleisch und von infizierter Milch verbreitet werde. Gratia-Brüssel führt aus, es sei der Beweis erbracht worden, daß die Tuberkulose sich vom Menschen auf das Kind übertragen lasse. Der Beweis von der Übertragbarkeit der Tuberkulose vom Kind auf den Menschen könne selbstverständlich durch Versuche am Menschen nicht geführt werden. Er habe jedoch durch Versuche mit 16 Affen, denen er Milch von tuberkulösen Kühen gegeben habe, festgestellt, daß von diesen 14 an Tuberkulose gestorben seien. Weiter hätten seine Untersuchungen hinsichtlich der Kindertuberkulose ergeben, daß bei 16 Prozent der tuberkulösen Kinder diese Krankheit von dem Genuss der Milch von tuberkulösen Kühen herrühre. Daraus folge, daß die Tuberkulose des Kindes übertragbar sei. Klossel, ein Schüler des Professors Koch, ist der Ansicht, daß die Übertragung der Tuberkulose vom Menschen auf das Kind nur lokale Resultate ergeben hätten und sich daher aus ihnen ein bestimmter Schluss nicht ziehen lasse.

### Frankreich.

**Zum Kulturskampf. — Vom Parlament.**

Dem Figaro zufolge wird das Vergesgesetz heute auf die Kongregation der Väter vom heiligen Geist, welche große Niederlassungen in den Kolonien haben, angewendet werden. Die Institute, welche die Kongregation in Frankreich besitzt, werden geschlossen werden, mit Ausnahme des Clunyhauses in Paris und des kleinen kolonialen Seminars von Cellule (Puy de Dôme), welches ebenso wie das große koloniale Seminar und das Noviziat von Chavilly die staatliche Genehmigung erhalten hat. Bischof Andrieux von Marseille hat an die Priester seiner Diözese einen Hirtenbrief gerichtet, der sich in scharfen Ausdrücken gegen die französische Regierung wendet. Wegen dieses Hirtenbriefes und wegen der Kundgebungen in der Marcellin-Kathedrale anlässlich der Auseinandersetzung des Bischofs Turinio wurde ihm das Gehalt gesperrt.

Wie versautet, wird der Kabinettschef bei Wiedergesammlung des Parlaments zunächst nur diejenigen Interpellationen beantworten, welche die allgemeine Politik betreffen, um so die Ansicht der Kammer über die von der Regierung zu befolgende Politik lernen zu lassen. Es folgen alsdann die Interpellationen über die Anwendung des Kongregationsgesetzes, sowie betr. die Schließung der Kongregationschulen in Tunesien, sowie diejenigen betr. das Absingen der Internationale bei öffentlichen Anlässen. Die übrigen Interpellationen, betr. das geheime Dossier im Humbertprozeß, die Weinfrage &c. werden erst später zur Erörterung gelangen.

### Serbien.

**Das Offizierskomplott.**

Ministerpräsident Avakumovitsch hat einem Mitarbeiter der Beogradské Novine gegenüber erklärt, er sei überzeugt,

Die Grabsteine trugen bis auf den jüngsten, frischesten, alle den Namen Scheithauer. Die Angehörigen der Kastellansfamilie waren es, die darunter ruhten. Das Amt schien sich schon in sechs Generationen vererbt zu haben. Zuletzt war nur eine Tochter übrig geblieben. Diese letzte Scheithauer, die alte, wunderliche Frau, hatte einen Gottfried Stelzner geheiratet, der vor einem Jahrzehnt gestorben war. Und gleichsam zur Nachfertigung, daß ein Stelzner sich in die alteingesessene Familie der Scheithauer einbringe, war auf seinem Stein eingraben: „Hier ruhet in Gott Gottfried Stelzner, Schloßverwalter und Ehegatte der Martha Katharina Stelzner, geborenen Scheithauer.“

Dann war noch ein namenloses Grab da, das eines Handwerksburschen, den man im Winter erfroren im Walde gefunden hatte. Es war nicht zu erkunden gewesen, wer er war und von wo er kam, aber die Alte hatte ihm genau den gleichen Stein auf den Hügel setzen lassen wie den Scheithauers und ihrem Manne. Statt eines Namens war ein einfaches Kreuz darein gemeißelt.

Der Pfarrer des Dorfes unten im Talgrunde war gehalten, die gottesdienstlichen Verrichtungen in dem Jagdschloß zu versehen. Das reiche Wildpreideputat, daß ihm als Entgelt zustand, war längst in eine stattliche Rente umgewandelt worden und vermehrte das Einkommen des Stelleninhabers beträchtlich. Aber die Pfarrherren waren verwöhnt, weil ihr geistlicher Besitz so selten in Anspruch genommen wurde und betrachteten selbst den seltenen Fall als eine unwillkommene Plage.

(Fortsetzung folgt.)

dass die Rischer Angelegenheit einen ruhigen Verlauf nehmen und bald aus der Welt geschafft sein werde. Der Ministerpräsident teilte mit, daß eine Militärgesellschaft zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt sei, an deren Spitze Major Schuchtalowitsch stehe. Nach allem, was bisher bekannt sei, schloß Avakumovitsch, handle es sich oder um Hochverrat noch um eine Verschwörung, doch sei es unzulässig, daß Offiziere auf die Art Unterchristen sammeln. Lebendig könne man nicht wissen, was ihr Endziel gewesen sei.

Die Belgrader Blätter verurteilen in ihren heutigen Ausgaben zum größten Teile die Vorgänge im Offizierskorps. Eine Sonderausgabe der Beogradské Novine zu folge sind der Generalstabshauptmann Novakowitsch und der Infanteriehauptmann Thodorowitsch die Urheber der neuen Verschwörung. Bei ihnen wurde ein Aufruf an das Offizierskorps gefunden des Inhalts, daß gerade die Offiziere die der Offiziersherrschaft durch die Ermordung des Königs Alexander angestane Schmach nicht dulden dürften. Alle ehrenhaften Offiziere sollten verlangen, daß jene Verschwörer, die an der Ermordung des Königs beteiligt waren, aus dem Offizierskorps ausgestoßen würden. Wenn dies nicht erfolge, so müßten sie gewaltsam entfernt werden. Die 25 Offiziere, die den Aufruf unterschrieben hatten, wurden Donnerstag abend in Niš verhaftet. Hauptmann Lazarowitsch, der den Aufruf der Garnison von Negotin überbrachte, wurde auf seiner Rückkehr in Golubovac verhaftet und nach Niš transportiert. Bei ihm wurde ebenfalls ein Exemplar des Aufrufs vorgefunden. In Belgrad selbst soll keine Verhaftung erfolgt sein.

Es soll die Absicht bestehen, die ganze Angelegenheit auch vor die Slupskina zu bringen, die zu diesem Behufe unmittelbar nach den Wahlen zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden soll. — Den eigentlichen Anlaß zum Einschreiten gegen die verhafteten Offiziere in Niš bot der Hauptmann Safarewitsch. Er erbat Urlaub, um ins Bad zu reisen, begab sich jedoch nach Sajeljach, um bei den dortigen Offizieren Unterschriften zu sammeln. Er wurde angehalten, und man fand bei ihm ein Exemplar des Aufrufs, welches die verhafteten Offiziere unterzeichnet hatten.

### Finnland.

**Majestätsbeleidigungsprozesse.**

Der Münchner Allgemeine Zeitung wird aus Stockholm geschrieben:

Man hat sich hier an die aus dem benachbarten Finnland seit längerer Zeit fast täglich eintreffenden trüben Melbungen bereit gemacht gewöhnt, daß die Nachricht, die dortigen Machthaber seien bei ihrer Amtstätigkeitsarbeit nun schon bei dem ominösen Kapitel der Majestätsverbrechen angelangt, hier kaum noch bestreiten oder Gregorius wachrust. Das Verfahren jedoch, welches von Herrn Bobrylow angewandt wird, um seinen finnischen Bürgern auch von dieser politisch so ungemein bandwirken und ausschließungsfähigen Seite befreuen zu können, erscheint doch so charakteristisch, daß es nicht einfach mit Stillschweigen übergangen werden sollte. Auf privatem Wege herber gelangte Melbung befreien nämlich, daß der Generalsouverneur gegen die ihm missliebigen Beamten neuerdings in der Weise vorgibt, daß er diese unter Ebedwang über außerordentlich geäußerte Ansichten betreffs der Verfassungs- und Wehrpflichtfrage vernichten läßt und sich dann — wenn den Beamten irgend eine, wenn auch noch so harmlose Meinungslage im oppositionellen Sinne „nachgewiesen“ erscheint — auf den Vorwurf des falschen Februar-Nektridges beruft und aus der daraus konstruierten „Nichtachtung der falschen Willensbekundung“ den Tatbestand der qualifizierten Majestätskränkung herleitet. Dieses Verfahren ist in den letzten Tagen verschiedenen Beamten gegenüber angewandt worden, unter andern gegen den Chef des städtischen Brandwesens in Åbo, N. Sohlmaa, dessen Privatgespräche mit andern Beamten seines Dienstzweiges zu politischen Zwischenrägerien Anlaß geboten hatten.

Es wird nicht lange dauern, dann sind wir in Deutschland auch so weit.

### Amerika.

**Der Panamakanal.**

Aus New York wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Die Vertreter Panamas im kolumbianischen Kongress reisten nach ihrer Heimat zurück unter unbekümmerten Drohungen, der Zithmus werde zur Selbsthilfe schreiten.

### Algier.

**Überfall durch eine Mäuerbande.**

In der Nähe von el-Munyar in Algier wurde ein Convoy von einer Mäuerbande überfallen, die über 1000 Kamele hinwegführte. In dem sehr heftigen Kampfe, der sich entspann, Offiziere und Soldaten gefallen sein. Der Convoy war von einer berittenen Kompanie der Grenzlegion begleitet. Der Kompanieführer, ein Leutnant sowie mehrere Unteroffiziere und Soldaten wurden in dem Kampf getötet; mehrere andere wurden verwundet. Einige Kaufleute sowie zwei Frauen, die ebenfalls an dem Zuge teilnahmen, werden vermisst und sind jedenfalls entführt worden.

### Marokko.

**Unterhandlungen wegen Waffenstillstandes.**

Einige Beamte der Regierung haben sich in das Lager des Befehlshabers von Tanger begeben, um über einen Waffenstillstand zu beraten, der mit den aufständischen Stämmen der Umgegend geschlossen werden soll. Seiten der Regierung will man sich weiterer Angriffe gegen die Stämme enthalten, wenn diese ihre drohende Haltung aufgeben.

### Afrika.

**Der tolle Mullah.**

Wie aus Verbera gemeldet wird, ist der tolle Mullah in das Mogatal zurückgekehrt, wo er genügende Weideplätze für seine Herden findet. Die Errichtung von 4 Kamelreiterabteilungen mit 558 Tieren wird eifrig betrieben; dieselben sollen auch die Wasserversorgung für die Truppen übernehmen.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
**Sind unausgesetzt thätig für die Werbung**  
**neuer Abonnenten!**

Diesu zwei Beilagen.

# Metallarbeiter.

Dienstag, den 8. September, Abends 7 Uhr Versammlung in der Germania, Wurzner Straße. 1. Vortrag vom Redakteur Seger. 2. Gewerkschaftliches.

# Achtung, Steinarbeiter.

Dienstag, den 8. September, Abends 7 Uhr

# Oeffentl. Versammlung im Römischen Hof, Mittelstr. 11.

Tageordnung: 1. Abrechnung vom Sommerfest. 2. Tarifangelegenheiten. 3. Betriebssteuer betreffend. 4. Gewerkschaftliches. [10469]

In Anbetracht der wichtigen Tageordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

# Turnerbund Stötteritz.

Dienstag, den 15. September, Abends 9 Uhr.

# Versammlung im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

D. Z.

# Krystallpalast-Theater.

## Gänzlich neuer Spielplan!

Aufang 8 Uhr. — Gewöhnliche Preise. — Dutzendkarten 4.20 Mk.

# Reichs-Ecke

Reichsstr. 45/47  
P. Danneberg  
Vorzüglicher Mittagstisch von 12—3 Uhr.

Allen Freunden und Genossen sowie Einwohnern von Reudnitz u. Umgegend zur gesl. Notiz, daß ich das von mir bis jetzt betriebene Restaurant, Bronzingstraße 6, aufgegeben habe und jetzt das

# \* Restaurant Erholung \*

Ecke Rathausstrasse — Comeniusstrasse 2 übernommen habe. Es wird noch wie vor mein eifrigstes Bestreben sein, meine Gäste in allen ihren Ansprüchen aufzubefriedigen zu belassen. Für nur hochfeine Werte, äußerst sorgfältig zubereitet, sowie gute kalte und warme Speisen zu sorgen wird mein eifrigstes Bestreben sein.

Hochachtungsvoll A. Schröder.

Dienstag Nachmittags Schlachtfest, von 6 Uhr ab Wellfleisch u. Kesselfleisch.

# In Leipzig-Ost Restaurant Bayrischer Hof

Eisenbahnstrasse 72 werden wir am Dienstag, den 8. September, Abends 9 Uhr, einen unentgeltlichen Stenographie-Kursus

(Behrmittelpreis: Mr. 1.50 — Unterrichtsbauer: ca. 10 Kursusabende) eröffnen.

Stenographen-Verein Leipzig-Ost.

# 80 Pfg. Röstkaffee

sehr gut im Geschmack, empfiehlt

# Wilhelm Gründler Nachf.

Pfaffendorferstr. 24, Nähe Zoologischer Garten.



# Leipziger Buchdruckerei Akt.-Gesellschaft

\* \* \* \* \* Abteilung: Buchhandlung. \* \* \* \* \*

Folgende vorzügliche Landkarten werden von uns zu günstigen Ausnahmepreisen angeboten:

**Neue grosse Weltkarte**, 120x85 cm groß mit Angaben über: Flächeninhalt der Erdteile und Bevölkerungszahl derselben.

**Neueste Verkehrskarte von Europa**, 125x105 cm groß mit genauen Angaben über: Flächeninhalt, Bevölkerung, Völkerstassen, Religionen, Bevölkerung der Hauptstädte, Handel und Verkehr, Armeen und Marine, Kosten derselben, Schiffssverkehr, Gebirge, Flüsse, Seen, Staatsfinanzen.

**Neue Wandkarte von Deutschland**, 105x90 cm groß mit Angabe der Einwohnerzahlen der Städte, Flecken und grösseren Dörfern nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Die Karten sind sämlich oben und unten mit Blechleisten, außerdem mit Aufhängelösen versehen.

Preis jeder Karte 1 Mark.

Papphülsen zum Aufbewahren pro Stück 15 Pfg.

Die Karten eignen sich namentlich auch für Vereine und Restaurants.

Berantwortlicher Redakteur: Fr. Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Arbeiter-Frauen!

bezieht Euch bei Einkäufen

stets auf die

Leipziger Volkszeitung.

# Kartoffelausgabe

große, weiße, täglich am Tauchaer Wege in Göhlis, an der Feldscheune, 10481] Atwin Neumann.

# Auktion.

(Wichtig für Händler und Privat.)

Wegen vollständiger Ausgabe der Papier-, Galanterie-, Leders- u. Luxuswaren versteigere ich am Dienstag, den 8. Mittwoch, den 9. u. Donnerstag, den 10. September, von früh 10 Uhr bis Abends 9 Uhr in der Gerberstraße 29 die Geschäftsvorstände der Firma Karl Löser. Paul Wertheim 12480] Auktionator und Logator.

# Solide und preiswerte

## \* Möbel \*

kaufst man unter Garantie auch auf Teilzahlung bei

Max Scherz, Karl-Heine-Str. 61.

# Sächsische Politik.

Ein Handbuch für sächs. Wähler.

Im Auftrage des Zentralkomitees der sozialdemokr. Partei Sachens.

Verlag von

Emil Nitsche

Redakteur der Sächs. Arbeiter-Zeitung.

Mit einem Grußwort von

August Bebel.

Das Handbuch wird jedem Genossen bei den Landtagswahlen und bei den Wahlkreiskämpfen unentbehrlich sein.

Preis: Broschur (12 Seiten)

2.40 Mr.

Geb. in schöner Originaleinbanddecke

3.40 Mr.

Zu beziehen durch die Leipziger Buchdruckerei Aktien-Ges. Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

# Sweaters

das praktischste Kleidungsstück f. Herren u. Damen, Reichsmünster u. zurück. Sachen werden abnorm billig verkauft

Fabrik Weststrasse 67, pt.

Damenschneiderei U. verw. Wittich Brüderstrasse 12, III.

Aufzugs, eleg. u. mod. Damen- u. Kindergarderobe. Geschmack. Ausführ. gar. Lernende w. u. mäßig. Honorarbed. angen.

Groß. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45, I. I.

Gut erh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Lindenau, Aurelienstr. 10, II. I.

Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Leipzig, Eberhardstrasse 8, II. I. Körpe.

Neues Gefechtbuch, 2 Bände, bill. j. verf. Plagwitz, Weihensteller Str. 56, II.

Groß. Waffen, Uhren, Musikw., Schuhw., Möbel kaufst Lory, Kl. Fleischergasse II.

Gefucht engl. u. b. Kaninchen. Off. m. Preisang. u. O. K. 100 Egr. d. Bl. erb.

Groß. Kleinzschocher, Alberstr. 84, I. Hofe.

Gebrauchtes Fahrrad sehr billig.

L. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45, I. I.

Gut erh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Lindenau, Aurelienstr. 10, II. I.

Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Leipzig, Eberhardstrasse 8, II. I. Körpe.

Neues Gefechtbuch, 2 Bände, bill. j. verf. Plagwitz, Weihensteller Str. 56, II.

Groß. Waffen, Uhren, Musikw., Schuhw., Möbel kaufst Lory, Kl. Fleischergasse II.

Gefucht engl. u. b. Kaninchen. Off. m. Preisang. u. O. K. 100 Egr. d. Bl. erb.

Groß. Kleinzschocher, Alberstr. 84, I. Hofe.

Gebrauchtes Fahrrad sehr billig.

L. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45, I. I.

Gut erh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Lindenau, Aurelienstr. 10, II. I.

Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Leipzig, Eberhardstrasse 8, II. I. Körpe.

Neues Gefechtbuch, 2 Bände, bill. j. verf. Plagwitz, Weihensteller Str. 56, II.

Groß. Waffen, Uhren, Musikw., Schuhw., Möbel kaufst Lory, Kl. Fleischergasse II.

Gefucht engl. u. b. Kaninchen. Off. m. Preisang. u. O. K. 100 Egr. d. Bl. erb.

Groß. Kleinzschocher, Alberstr. 84, I. Hofe.

Gebrauchtes Fahrrad sehr billig.

L. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45, I. I.

Gut erh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Lindenau, Aurelienstr. 10, II. I.

Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Leipzig, Eberhardstrasse 8, II. I. Körpe.

Neues Gefechtbuch, 2 Bände, bill. j. verf. Plagwitz, Weihensteller Str. 56, II.

Groß. Waffen, Uhren, Musikw., Schuhw., Möbel kaufst Lory, Kl. Fleischergasse II.

Gefucht engl. u. b. Kaninchen. Off. m. Preisang. u. O. K. 100 Egr. d. Bl. erb.

Groß. Kleinzschocher, Alberstr. 84, I. Hofe.

Gebrauchtes Fahrrad sehr billig.

L. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45, I. I.

Gut erh. Kinderwagen m. Gummir. zu verkaufen. Lindenau, Aurelienstr. 10, II. I.

Kinderwagen preiswert zu verkaufen. Leipzig, Eberhardstrasse 8, II. I. Körpe.

Neues Gefechtbuch, 2 Bände, bill. j. verf. Plagwitz, Weihensteller Str. 56, II.

Groß. Waffen, Uhren, Musikw., Schuhw., Möbel kaufst Lory, Kl. Fleischergasse II.

Gefucht engl. u. b. Kaninchen. Off. m. Preisang. u. O. K. 100 Egr. d. Bl. erb.

Groß. Kleinzschocher, Alberstr. 84, I. Hofe.

Gebrauchtes Fahrrad sehr billig.

L. Kleinzschocher, Alberstrasse 8, III. I.

Handels-Geschäftsw. v. b. Neuhaus, Kirchstr. 67. Zeit j. Messe auch Rohplatz, a. d. Königstr.

Groß. Kinderv. Kinderwagen billig zu verkaufen. Reichshainer Str. 102, II. I.

Modern. gut erhalten. Kinderwagen billig zu verkaufen. Volkmarbörse, Rabat 45,

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine ordnungsparteiliche Wählerversammlung, die am Freitag in Blasewitz bei Dresden stattfand, ist deshalb besonders interessant, weil, wie die Dresdner Nachrichten berichten, ihr der Geheime Regierungsrat Dr. Hartmann als Regierungsvorsteher bewohnte. Fabrikbesitzer Krebschmaier aus Börsig entwickelte als Gegenlandrat des Hofrats Dietrich aus Helfenberg, des bisherigen Abgeordneten für den 24. Landkreis, sein Programm. Er hörte an die Thatsache an, daß die Ordnungsparteien im Deutschen Reich durch den Ausfall der Wahlen für den Reichstag am 16. Juli eine schwere Niederlage erlitten hätten, und daß diese Thatsache zum Gegenstand einer Prüfung gemacht werden sollte. Gegenüber dem vielsach gemachten Vorwürfe, der sächsischen Landtag sei reaktionär, mache er geltend, dasselbe habe die Justizreform, die Wahlrechtsveränderungen von 1862, 1866 und 1868, das Gewerbegegesetz, geschaffen, allerdings auch manch Mißfallen erregendes Gesetz, wie das Wahlgesetz von 1896. Die auffälligen Wahlen hätten deshalb nach dem Ausfall der Wahlen am 16. Juli geschehen, ganz Sachsen sei sozialdemokratisch geworden, doch könne man, wenn dies richtig wäre, dies ebenso gut auch von Berlin, Hamburg usw. sagen. Im letzten Jahrzehnt habe man sich in Sachsen zu viel regieren lassen. Viele Elemente zogen sich zurück und gingen nicht mehr an die Wahlurne, weil sie sich sagten, daß sie keine angemessene Vertretung im Landtag hätten und nur nach dem Geldbeutel bewertet würden. So habe man zur Landesvertretung das Vertrauen verloren und Gleichgültigkeit habe Platz gegriffen. Deshalb gegenwärtig die große Agitation und das Bestreben, Männer in die Volksvertretung zu entsenden, die nicht ihre Zustimmung zu Gesetzen geben, welche die Unzufriedenheit im Lande zu vermehren geeignet sind. Existierende Thatsache sei es, daß durch das ungünstige Wahlgesetz die Tätigkeit der Abgeordneten behindert worden sei. Nur dann aber könnte ein warmer Interesse für das Wirken der Landesvertretung Platz greifen, wenn jeder Bürger, nicht nur passiv, sondern auch aktiv, am politischen Leben sich beteiligen könnte. Es müsse deshalb nur ein freier, frischer, politischer Zug in das politische Denken des sächsischen Volkes gebracht und deshalb das bisherige Wahlgesetz in überalterter Weise abgedenkert werden. Die gegenwärtige politische Entwicklung großer Wählermassen dürfte auf die Dauer nicht fortbestehen, und eine gerechte Einteilung der Landtagswahlkreise müsse getroffen werden.

Wenn der amwährende Regierungsvorsteher vielleicht den Auftrag hatte, sich darüber zu unterrichten, wie man sich die Wahlreform denke, dann war seine Unwissenheit in der Versammlung ganz überflüssig.

Neben die Strafbarkeit des Streikpostenstehens stellt der Dresdner Anzeiger Betrachtungen an und kommt zu dem Ergebnisse, daß die Reichsgerichtsentscheidung in Sachsen der Lübecker Streikpostenverordnung das Streikpostenstehen an sich erlaubt, aber zugibt, daß das Postenschehen unter Strafe gestellt werden kann, wenn es gegen die in § 366, 10 des Strafgesetzbuchs erwähnten Polizeiverordnungen verstößt. Der Artikel schreibt: "Der Kern der Reichsgerichtsentscheidung ist also: Das Reichsgericht erklärt die Lübecker Verordnung wegen ihrer fehlerhaften Redaktion für ungültig, zeigt aber zugleich selbst ganz unzweideutig den Weg, wie dem Streikpostenstehen gleichwohl gesetzlich bei zu kommen ist." Das ist nun aber entschieden nicht richtig. Die Reichsgerichtsentscheidung stellt allerdings fest, daß durch die Streikposten die Straßenpolizeiverordnungen nicht verletzt werden dürfen, aber daß damit der Weg gewiesen sei, wie man den Streikposten trotz des § 153 der Gewerbeordnung beizukommen könne. Ist eine Auslegung, die der fraglichen Reichsgerichtsentscheidung von den Polizeibehörden namentlich in Sachsen gegeben worden ist. Auf Grund dieser Auslegung ist man dahin gekommen, jeden einzelnen Streikposten, der außer den Polizeibeamten keinen Menschen auffässt, als eine Gefährdung der Ordnung auf der Straße zu betrachten. Das ist eine unbillige Auslegung der Entscheidung des Reichsgerichts, durch die ein notorisches Recht der Arbeiter vernichtet werden soll. So offen, wie es im Dresdner Anzeiger, von dem das Wort herrührt: "Der Weg der Schafsmacher

führt zur Katastrophe", geschehen, ist noch nie ausgesprochen worden, daß den Arbeitern durch die Straßenpolizeiverordnungen das Streikpostentrecht illusorisch gemacht werden soll.

Ein Zugeständnis. Im Vogtländischen Anzeiger tritt ein sogenannter Demand, der von dem genannten Blatte eine "wohlinformierte und geschäfte Seite" genannt wird, für die Aufhebung des kleinen Grenzverkehrs in Mehl, Brot und Fleisch, wie er auch durch den neuen Tolltarif vorgesehen ist, ein. Als ein Grund für die Einführung der Tollfreiheit des kleinen Grenzverkehrs sei seiner Zeit auch der mit ins Feld geführte worden, daß in den Grenzorten ein Mangel an Fleischern und Bäckern vorhanden sei. Dazu bemerkt nun die "wohlinformierte Seite":

In diesen vogtländischen Grenzorten ist daher nicht der Mangel an Bäckern und Fleischern als die Ursache des Grenzverkehrs zu betrachten, sondern im Gegenteil ist durch den Umfang des Grenzverkehrs ein Mangel an Bäckern und Fleischern entstanden. Man darf daher wohl annehmen, daß bei Aufhebung des Grenzverkehrs sich in absehbarer Zeit genügend inländische Geschäfte in den vogtländischen Grenzorten entwickeln werden, um den Verkehr vollständig entbehrlich zu machen, wenn auch für die kurze Übergangszeit einige Schwierigkeiten sich ergeben werden. Die Aufhebung des Grenzverkehrs erscheint aber um so berechtigter, als wir nach dem neuen Tolltarif mit erhöhten Mehl- und Fleischzölle zu rechnen haben werden und namentlich das Fleischereigewerbe durch die gesetzliche Fleischbeschau stark belastet wird, während das Ausland beratige Belastungen nicht kennt. Die inländische Grenzbevölkerung wird sich aber mit dem Wegfall des Grenzverkehrs, namentlich in Fleisch, um so leichter auskönnen können, als sie dadurch die Gewähr der Lieferung von einwandfreier inländischer Ware erhält, während bei den kleinen Grenzverkehrs doch von den Bestimmungen des Schlachthof- und Fleischbeschau-Gesetzes Gebrauch gemacht werden müßte, wonach durch die Bandesregelungen Ausnahmen von den strengen Vorschriften über die Unterlieferung frisch eingeführten Fleisches gemacht werden können.

Keine Wurmkrankheit? Die Zwickauer Zeitung schreibt: Die in der Presse aufgelaufte Meldung, daß 75 Vergleute aus dem Döbelner Revier wumkrank nach Zwickau gebracht worden seien, entspricht, wie uns von authentischer Seite versichert wird, nicht den Tatsachen. Die bisher vorgenommenen Untersuchungen haben die Unwesenheit der Wurmkrankheit im hiesigen und im Döbelner Revier noch nicht ergeben.

k. Dresden, 6. September. Die hiesige Ortskrankenkasse hat ein neues "Männerheim" errichtet, das heute unter zahlreicher Beteiligung vieler Vertreter eingeweiht wurde. Das neue Heim liegt in Börsig, in unmittelbarer Nähe des schon bestehenden "Frauenheims" der Kasse. Das neue Männerheim gewährt etwa 80 Personen gleichzeitigen Aufenthalt und ist nur für Melonaleute, also solchen, die ständiger ärztlicher Behandlung usw. nicht mehr bedürfen, bestimmt. Die Vergnügungszeit muß sich jedoch innerhalb des statutarischen Unterstützungsanspruchs des Kranken, also der bekannten 26 Wochen, befinden. Die Kasse hat mit der Errichtung einen wesentlichen Schritt nach vorwärts getan, der um so mehr anzuerkennen ist, als sie erst in den letzten Wochen ihre Kassenbeiträge erhöhen mußte. Die Erhöhung war eine Nachwirkung der wirtschaftlichen Krise.

Frankenberg, 6. September. Einen interessanten Punkt wies die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung auf: Ergebnis der Erörterung über die Lohnbewegung in der Textilbranche hiesigen Ortes. In Nr. 19 des Textilarbeiters vom 8. Mai d. J. war ein Artikel über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie Frankenburgs enthalten, der in zwei Tabellen die Arbeitsbewegung der Stücklohnfälle in den Jahren 1900 bis 1902 darlegte und daran die harte Bewerbung knüpfte, daß die Fabrikanten die Frankenberger Textilindustrie zu einer Hungerschlacht entwickelt haben, die sich nur durch die am Orte befindliche Zigarettenindustrie, die Frauen und Töchter der Weber, beschäftigte,

erhalte. Der Stadtrat fühlte sich durch diesen schweren Vorwurf veranlaßt, die Ehre der Industrie zu retten und seinerseits Erhebungen über die Lohnbewegung der letzten Jahre, aber nur bei den Fabrikanten anzustellen. Das Ergebnis ist denn auch ausgefallen, wie zu erwarten war. Nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Metz ist in der Frankenberger Textilindustrie eine Herabsetzung der Alfordpreise in den letzten zwei Jahren nicht vorgekommen, allerdings auch keine Erhöhung derselben; das letztere erkläre sich aber aus der allgemeinen gebildeten Lage der Industrie. Wer eingemahnt mit den Verhältnissen bekannt ist weiß, daß das Lohnabsinken in der Textilindustrie überhaupt nicht aufhört. Der Bürgermeister hätte sich nur bei den alten, treuen Hausarbeitern der größten Firma am Platz erkundigen sollen, er hätte gar nicht zu den "verheiraten" organisierten Arbeitern zu gehen brauchen, um die Wahrheit über die Lohnbewegung zu erfahren.

Keine Nachrichten aus dem Vande. In Marbach fand bei Gelegenheit eines Begräbnisses ein einfälliges, mit vier Kindern beladenes Geschirr aus dem benachbarten Dorf Schellenberg dem Stockbalken entgegen. Das noch junge Pferd schaute plötzlich, als es den Leichenwagen ansichtig wurde; der jugendliche Fahrer verlor die Kraft, das Tier bäumte auf, schrie jählings um und raste in volltem Galopp die Dorfstraße hinab, den Wagen hinterher schleudernd. Die beiden größeren Knaben sprangen heraus, während die beiden anderen Kinder in ihrer schrecklichen Lage verbarrten mussten, an der Straßenkurve in der Nähe der Hölmühle herausgeschleudert wurden, aber mit nicht gefährlichen Hautabschürfungen usw. davonslamten. Das schne Pferd wurde von verzuilen Passanten aufgehalten. — Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde die Bergarbeiterseßfrau Mödel in Reinsdorf bei Bautzen, die bekanntlich wegen Verdachts der Falschmünzerin mit ihrem Ehemann verhaftet worden war. Der Mann befindet sich noch in Haft. — Bei einer Revision der Gelber der Kirchenkasse in Döberan wurden bedeutende Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Der als Kassenfänger tätige Kirchner Fiedler wurde verhaftet.

Torgau, 6. September. Der Typhus hat im benachbarten Borna seine Opfer gefordert, indem der Kunstmärtner W. seiner zahlreichen Familie entflohen wurde. Auch bei vielen anderen Inhabitoren des Ortes hat die Krankheit schwere Schläge der Gesundheit zur Folge gehabt. Die Ursache der Krankheit, die bereits vor Jahren in Borna auftrat, bildet die hinter dem Orte vorbeiströmende sogenannte Ischeite, deren Wasser in einem Teile des Ortes zum Hausverbrauch genommen wird. Brunnenanlagen stellen sich anderswo wegen des tiefen Standes des Grundwassers zu teuer, so daß der Gemeinderat endlich die Errichtung einer Wasserleitung beschlossen hat. Das Wasser der Ischeite wird von dem hoch genug liegenden Quellgebiet den Bewohnern des Ortes zugeführt werden, so daß künftig einer Typhusgefahr vorgebeugt ist.

## Soziale Rundschau.

### Gewerkschaftliches.

Zur Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen. Im April d. J. tagte in Elberfeld eine Gewerkschaftskonferenz, welche von den Gewerkschaftskartellen in Rheinland-Westfalen zahlreich besucht war, und welche den Zweck hatte, zur Erhaltung der Gewerkschaftsbewegung in den beiden Provinzen Mittel und Wege zu suchen. Der Grundgedanke war, eine bessere Verbindung zwischen den Gewerkschaftskartellen, damit die freigewerkschaftliche Propaganda einheitlicher und rationeller betrieben werden könnte. Von der Konferenz wurde eine Agitationskommission, bestehend aus den Gauleitern der Gewerkschaften, eingesetzt. Diese Agitationskommission ist sehr frühzeitig gewesen, sie hat ein Abreisenverzeichnis der gewerkschaftlichen Organisationen von Rheinland-Westfalen zusammengestellt, welches eine Übersicht über die gewerkschaftliche Bewegung in den beiden Provinzen zum erstenmal ermöglicht. Man er sieht aus diesem Verzeichnis, daß die Bewegung in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat; denn während man vor 10 Jahren etw. einige Gewerkschaftskartelle zählte, ist deren Zahl jetzt auf 42 gestiegen. Folgende Städte sind im Besitz von Arbeiterselbstverwaltung bezw. Gewerkschaftsbüros, nämlich: Köln, Bochum, Dortmund, Iserlohn, Remscheid, Gelsenkirchen, Essen, Düsseldorf und Barmen. In den beiden Provinzen bestehen annähernd 900 Ortsgruppen freigewerkschaftlicher Organisationen, allein der Bergarbeiterverband verfügt über 171 Ortsstellen dort. Ihm folgen der Maurerverband mit 62, Holzarbeiter mit 49, Metallarbeiter mit 48, Buchdrucker mit 40, Weber mit 39, Textilarbeiter mit 36 und herunter bis zu den Hasenarbeitern mit einer Filiale. Die Mitgliederzahlen der Ortsgruppen der einzelnen Verbände haben so zugenommen, daß in den beiden Provinzen schon 28 voll oder teilweise befoltete Gauleiter angestellt sind. Trotz der unerträglichen Fortschritte, welche die Bewegung dort gemacht hat, darf es nicht vergessen werden, daß noch hundertausende Arbeiter in dem industriereichen Bezirk der Organisation zugeführt werden müssen, wenn

## Kleines Genilletton.

Die erste Arbeitervorstellung im Alten Theater. Im Februar Friedrich Schillers wurde gestern die neue Saison der Arbeitervorstellungen eröffnet, mit dem ungebürgten Stück, das er verfaßt hat. Er entwarf es bekanntlich als Karlsruher, als enger Zwang seine Bewegungsfreiheit hemmte. Man muß sich immer vorstellen: die Räuber schrieb einer, in dem der Geist der Freiheit lebendig war und der auf Schritt und Tritt überwacht und bevormundet wurde, einer, der sich in die Welt hinaus schaute, um zu sehen und zu wirken, und von der Welt abgeschlossen wurde, sich nicht frei in ihr bewegen, nicht seinen Beruf wählen, nicht die Wahl seines Wirkens selber bestimmen durfte. Da bildet sich eine Phantasie, die ins Überlebensgroße strebt. Wenn da der Dichter einen sich aufzulösen läßt gegen Gemeinheit und Druck des Despotismus, da wird der Kämpfer eine weite über die Maße der bürgerlichen Welt hinauswachsende Gestalt, da werden die Vertreter der Bosheit Teufel, und das Weltbild, das entworfen wird, gestaltet sich zum Herrscher. Man gesteht nur ganz ruhig zu, die Räuber sind ein haarsträubendes Stück, man sieht sie durch dies Geständnis gar nicht herab. Wenn man nur auf der andern Seite herauftaucht, daß der Geist, der sich in dieser haarsträubenden Handlung austobte, von wahrer, starker Freiheitssehnsucht erfüllt war und in seiner Art dem Leid und der Sehnsucht der Zeit Ausdruck zu geben vermochte. Alle Dramen Schillers, von den Räubern bis zum Don Carlos, sind erfüllt von der Sehnsucht der jungen, aufstrebenden Generation der Zeit; das ist das Geheimnis ihrer riesigen Erfolge, und nur der genießt sie richtig, nur der erfährt ihren Gehalt, der diese Sehnsucht nachzufühlen vermag, die sie durchglüht.

Dass ein Schillersches Stück den Neigen der Arbeitervorstellungen eröffnete, begrüßten wir mit lebhafter Freude. Durch die Wahl der Räuber haben die Leiter der Vorstellungen abermals bewiesen, daß sie in der eingeflossenen wichtigen Wahl fürsich sprechen wollen. Der Wille, aus dem Spielplan für die Arbeitervorstellungen nur das auszuwählen, was Kunst ist, die das Lebensgefühl steigert, das ist die Hauptfalte; bleibt er herrlich, dann werden sicher bloße Amüsements verschmäht und ferngehalten. Arbeitervorstellungen sollen Feste sein, die über die Niedergänge des Alltags hinausheben. Da sollen die Zuschauer mit den großen Freuden ihrer Zeit oder vergangener

Zeiten schläfern lernen, sich sehnen, sich freuen, hassen und lieben. Das gibt neue Lebenskraft, geistigeres Fühlen und stärkt zu mutigem kämpfen und rüstigem Auffassen und Überwinden der Mühseligkeiten des Alltagslebens. Möge die neue Serie der Arbeitervorstellungen in diesem Sinne anregend und anfeuernd wirken. Der gestrige Anfang im Februar Schillers lädt das Beste erhoffen.

Im Leipziger Schauspielhaus wurde gestern ein lustiger Schwank des Franzosen Alfred Capus gegeben, der ein federblauderer und fäuler Beobachter ist, der sich ungeniert gibt und doch auch wieder seine Laune so zu möglichen weist, daß seine Stütze selbst phillistische Gemüter nicht abschrecken. Leontine's Cheminée sind ein älteres Stück, dessen Wirkung schon mehrfach erprobt ist; es war, glaube ich, das erste Stück, mit dem Capus in Deutschland einen starken Erfolg hatte, und gestern blieb der natürlich auch nicht aus.

Leontine ist eine Dame, die nicht für die Ehe geschaffen ist. Zu einer richtigen Ehe gehört Treue, und das ist etwas, was die lustige Dame nicht kennt. Aber sie ist anhänglich. Den Herren, die sie mit ihrer Gunst beachtet hat, bewahrt sie allen ein gutes Gedanken. Sie war mit einem Beamten verheiratet und ist ihm natürlich untereu geworden. Sie ist auch von ihm geschieden worden. Aber was tut das? Er war doch ein netter, guter Kerl — warum soll sie denn alle Verbindung mit ihm abbrennen? O nein, wenn sie Geld braucht, wendet sie sich natürlich an ihn. Und wenn sie einmal gerade keine Wohnung hat, dann bittet sie ihn ganz ungeniert, er möge sie für einige Zeit bei sich aufnehmen. Und Adolf Dubois mag wohnen, wo er will, immer findet ihn die liebe Leontine, und immer benötigt sie ihn. Da hat sie einen dummen Baron geheiratet und wohnt irgendwo in der Provinz. Natürlich an ebendem Orte wo Herr Dubois Polizeikommissar geworden ist. Und Herr Dubois erhält natürlich den Auftrag, die Frau Baronin in einer gefährlichen Situation zu überraschen, damit der Herr Baron sich scheiden lassen kann. Herr Dubois hütet sich natürlich, die Scheidung herbeizuführen; er versöhnt die Gatten, um nur selber von der schlummernden Leontine los zu kommen. Das nicht ihm aber nichts. Nun wird er der Vertraute des edlen Paars, er heizt gar eine Verwandte des Barons, und so wird er sein Leben lang nicht den Verlehr mit Leontine loswerden.

Lustige Worte und Situationen hat der Schwank namentlich im zweiten Akt, auch im dritten Akt, wo nur leider der Charakter

der Leontine etwas umgebogen wird, um einen dem Publikum genehmigen Abschluß zu finden. Und die Hauptfalte, das Stück ist ganz einheitlich auf den Schwanston gestimmt, ohne Einzelheit, bis auf die Inkonsequenz im dritten Akt.

Von den Darstellern sah gestern Herr Wildenhain den Vogel ab, der mit viel Werve die Nette des trockenhaften Barons durchführte. Auch Fr. Eisenhardt traf den Ton der leichten und immer gefälligen Leontine sehr gut. Herr Mehnert fand erst im zweiten Akt den Ton des Galgenhumors, ohne den der von seiner Leontine verfolgte Adolf nicht zu denken ist. Es ist auch ein Leidwesen, wenn dieser Künstler gerade Troddel spielen soll, die sich immer überböpeln lassen; sein ganzes Wesen ist so voller Intelligenz und Falter Weltflugheit, daß seine Troddel zu intelligent ausfallen. Daß sein Dubois sich im ersten Akt verblüffte, glaubte kein Mensch; sofort aber stand er so glaubwürdig, wie es der Schwanz verlangt, da, wenn er im zweiten Akt die Personen zu dirigieren hat.

Theaternachrichten. Neues Theater. Morgen Dienstag geht Paillerons Lustspiel Die Welt, in der man sich langweilt in Szene. Am Mittwoch gelangt neu einstudiert H. Goetsch komische Oper Der Widerpenstigen Bühnung zur Aufführung in folgender Besetzung der Hauptrollen: Katharina: Frau Doenges, Blanca: Fr. Seeh, Petrichio: Herr Schelp, Battista: Herr Napp, Lucentio: Herr Wörs, und Hortensio: Herr Kunze. — Im Alten Theater wird morgen Johann Strauss' Operette Die Fledermaus gegeben, den Einführung singt Herr Carl Baumann vom Städttheater in Lübeck als Gast. Für Mittwoch ist eine Wiederholung des Dreyerschen Schwanzes Das Tal des Lebens angelegt.

Zum Thema: Das Geschlechtliche in der Jugendziehung schreibt uns ein Leser der Volkszeitung aus Anlaß des Artikels in der Mittwochsnr.: Im Jahre 18... ich stand im 18. Lebensjahr — besuchte ich die zweite Klasse der Bürgerschule. Wir Knaben hatten natürlich in diesem Alter den Glauben an den Klappeinstorch schon verloren, daß braucht wohl nicht erst festgestellt zu werden, und waren, der eine mehr, der andre weniger in die Geheimnisse der Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts eingedrungen. Nun ereignete sich folgendes:

Mein jetzt verstorben alter Lehrer H. hatte uns in Naturgeschichte zu unterrichten und besprach mit uns auch den Bau des menschlichen Körpers. Als Anschauungsmaterial war ein zerlegbarer Rumpf aus Steinzeug da. Stimmt am Ende der Stunde nun, als

die Gewerkschaften ihrer Aufgabe gerecht werden wollen. Von der Agitationsskommission soll monatlich eine Übersicht über den rheinisch-westfälischen Arbeitsmarkt herausgegeben werden, um zu verbüten, daß für die Einleitung von Lohnbewegungen ein unpassender Zeitpunkt gewählt wird. Die Kommission hat weiter ein Verzeichnis der Unternehmerverbände herausgegeben, soweit dieselben für Rheinland-Westfalen in Betracht kommen, damit die Gewerkschaftsvorstände über das Stärkeverhältnis ihrer Gegner unterrichtet sind. Arbeitet die Kommission in dem Sinne weiter, so erwirbt sich dieselbe ein großes Verdienst um die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen.

**Nähreparate anstatt Arznei!** In Stuttgart sollen die dortigen als Ortskrankassen zu einer einzigen zentralisierten Kasse, nach dem Beispiel von Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M. etc., verschmolzen werden. Wie die Deutsche Krankenkassen-Zeitung darlegt, ist mit dem Plan eine grundläufige Reform in der Arzneilabgabe verknüpft. Zur freien Arzneilieferung an ihre Mitglieder sind die Kassen bekanntlich gesetzlich verpflichtet, für deren Familien kann statutarisch das gleiche festgesetzt werden. Das ist z. B. bei 7 von den 11 Stuttgarter Kassen der Fall. Die Kassenstellen klagen über die Unzweckmäßigkeit dieser Arzneikosten; die Arzneien würden vielfach vergeudet. In der neuen zentralisierten Kasse soll den Familienangehörigen daher keine freie Arznei mehr geliefert werden, um die künftig selbstzahlenden Patienten zu sparsameren Arzneigebrauch zu erziehen. Dagegen wird, um den Heilungsprozeß zu unterstützen, die Kasse ihren Kranken Nährmittel in ausgedehntem Maße kostenfrei liefern. Die Stuttgarter Kassen haben schon in den letzten Jahren ca. 7 Centner Tropfen jährlich verbraucht. Nach den hierbei gemachten guten Erfahrungen sieht der Verbandsplan die kostenfreie Abgabe von jährlich 50 Centnern Tropfen und von 20000 Litern frischer Milch vor, wofür ca. 60000 M. jährlich aufzuwenden sind.

Dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein, dessen Ausschußmitglieder sich gestern in Berlin zusammengefunden haben, hat der Hauptvorstand der Deutschen Gärtnervereinigung folgende Vorschläge unterbreitet: Die beiden bestehenden Organisationen, der Allgemeine deutsche Gärtnerverein (Sig Berlin) und die Deutsche Gärtnervereinigung (Sig Hamburg), verschmelzen sich zu einem Verband der Gärtner Deutschlands. Der so entstandene Verband hat sich sofort der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzugliedern. Über die etwaige Auflösung der örtlichen Mitgliedschaften des Verbandes an die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Ortskärtelle werden einstweilen keine obligatorischen Bestimmungen getroffen, sondern die Entscheidung hierüber den Mitgliedschaften selbst überlassen. Der Verband hat als solcher politische und religiöse Neutralität den Mitgliedern gegenüber zu beobachten.

Die Bewegung unter den Arbeitern des mährischen Kohlenreviers nimmt zu. Heute morgen haben sämtliche Schlosser der Nordbahngruben wegen Lohndifferenzen die Einfahrt verweigert. In den Wittlowitzer Kupfergruben wird die Ausperrung aufrecht erhalten. Mehrere Arbeiterversammlungen wurden behördlich aufgelöst.

## Aus der Partei.

Der Gantag der Pfälzischen Sozialdemokratie trat am 5. und 6. September im Rathausaal in Speyer zusammen. Die Verhandlungen am Sonnabend betrafen interne Angelegenheiten, die für die Allgemeinheit nicht von Interesse sind. In den gestrigen Verhandlungen wurde zunächst der letzte Reichswahlkampf besprochen, wobei man übereinkam, sich künftig mehr auf eigene Füße zu stellen, nun auch ohne Hinzuziehung auswärtiger Redner erfolgreich agitieren zu können. Nach einem Referat über eine baldig zu erreichende Revision der Pfälzischen Gemeindeordnung beschloßt sich der Gantag eine Stunde lang mit der Vizepräsidentenfrage, worauf man zu dem Beschlusse kam, sich dem zu dieser Frage von Hannover gestellten Antrag anzuschließen und die Delegierten entsprechend zu beauftragen. Als Delegierte wurden Körner (Wittighausen) und Wolf (Kaiserslautern) gewählt.

## Die Massenausperrung in Crimmitshau.

So lautete das Thema der Versammlung im Sanssouci-Saal. Der erste Referent, Genosse Reichelt, führte etwa folgendes aus: Der gegenwärtige Kampf der Crimmitshauer Arbeiterschaft sei ein Kampf, wie ihn größer die Tegilarbeiter noch nicht geführt hätten. Die Crimmitshauer Arbeiter hätten immer in den vordersten Reihen gestanden, in politischer sowohl als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Schon während des Sozialistengesetzes sei es den dortigen Arbeitern möglich gewesen, durch Kampf eine 10prozentige Lohnherhöhung zu erreichen und den damals 12stündigen Arbeitstag auf 11 Stunden zu vermindern. Seit dieser Zeit sind die Arbeiter unaufgefordert für die Verkürzung der Arbeitzeit eingetreten. Seit 1898 sind unentwegt von den Organisatoren Forderungen aufgestellt, den zehnstündigen Arbeitstag einzuführen. 1899 schon glaubte man, daß jeden Tag der Kampf beginnen würde, da kam der große Kre-

der Lehrer den Rumpf wieder zusammenzog, stellte einer meiner Mitschüler in vorwölflicher Weise die Frage: "Woher kommt denn das Bauchknöpfchen?"

Der Lehrer kannte den Fragenden als einen gerechten Knaben und merkte sofort, daß die Frage weniger aus Wissensurst aufgeworfen wurde, als um eine Falle zu stellen.

Wie hatte sich da nun der Lehrer zu verhalten? Als ich so im Verlauf einer Diskussion, an der auch Lehrer teilnahmen, fragte, erhielt ich von diesen folgende Antworten: 1. Ich hätte dem Bengel ein tüchtiges übergeogen. 2. Ich hätte geantwortet: wenn Ihr größer seid, werdet Ihr es schon erfahren. 3. Diese Frage gehört überhaupt nicht in den Schulunterricht.

Mein alter Lehrer h. verfuhr ganz anders. Mit der ihm eigenen Ruhe beantwortete er die Frage, wie folgt: "Wenn das Kind den Mutterleib noch nicht verlassen, wird ihm durch einen dünnen Darm die Nahrung zugeführt. Verläßt nun das Kind den Mutterleib, so entfernt sich auch dieser Nahrungs darm, der an dem Kind festgewachsen ist. Da dem neugeborenen Kind seine Nahrung jetzt durch den Mund zugeführt wird, ist dieser Darm, auch Nabelstrang genannt, überflüssig, er wird mit einem Seidenfaden dicht an den Bauchhöhle unterbunden und stirbt ab. Die Narbe aber behält der Mensch Zeit seines Lebens."

Damit klapperte der Lehrer sein Buch zu und verließ das Klassenzimmer.

Nicht einer aber von uns hatte sich gewagt, seine Glossen zu machen. Nichts von alledem. Wir gingen auch ruhig nach Hause. Nur gab es aber unter uns Knaben doch einige, die tatsächlich noch recht unreif waren, und die erzählten ihren Eltern von dem Vorwissen. Anstatt nun, daß die Eltern die Gelegenheit benutzt und, an das Geschehene anknüpfend, ihre Kinder weiter unterrichtet hätten, so weit es angängig — eilihen einige zum Herrn Direktor und beschwerten sich, daß den Kindern solche Dinge in der Schule beigebracht würden. Eine hochnotpeinliche Untersuchung war die Folge, und nur so konnte der Lehrer sich rechtfertigen, daß er angeblich der interpolierende Knabe habe seine Frage nicht aus Unwissenheit gestellt, sondern mit vollster Überzeugung, und er habe es für richtig gehalten, in geheimer Weise die Wahrheit zu sagen als durch eine Vile die Heiterkeit der Knaben zu erwecken und so den Ernst des Unterrichts zu gefährden.

Wer hatte nun recht, mein alter lieber Lehrer h. oder die Herren Lehrer, die an unserer Diskussion teilnahmen? Ich meine, der alte h. traf das richtige, indem er mit würdiger Ruhe auf

dieselbe Streit. Die Kreßfelder Ausständigen waren größtenteils nicht organisiert. Die Leiter des Deutschen Tegilarbeiterverbandes haben wegen dieses Streits viele Vorwürfe hören müssen. Redner erinnert dabei an das bekannte Wort des Geistesgenossen Paplow. Doch habe sich gezeigt, daß die Weber im Rheinland der Organisation treu geblieben sind. Der Tegilarbeiterverband hat seit dieser Zeit fortgesetzte Fortschritte in jener Gegend gemacht, trotz der Agitation des dreifachen Weberverbands. Darum sei es richtig gewesen, zuerst die Kreßfelder zu unterstützen. Und weil alle Mittel 1899 nach Kreßfeld gesandt werden mußten, war die Crimmitshauer Arbeiterschaft bereit, zu Gunsten der weniger gut organisierten Kreßfelder Kollegen zurückzutreten.

1900, 1901 und auch 1902 immer seien die Arbeiter mit ihren Forderungen an die Fabrikanten herangetreten. Am vorigen Jahre habe der Meraner Ausstand wieder 200 000 M. Kosten verursacht. Auch durch diesen Ausstand sind die Crimmitshauer Kollegen zurückgedrängt worden. Doch jetzt sagten sich diese: Sollen wir immer ruhig zwischen, wie andere ihre Lebenslage verbessern? So lönnten die Leiter und der Vorsitzende des Deutschen Tegilarbeiterverbandes die Bewegung nicht mehr zurückhalten, trotzdem nur ca. 100 000 M. in der Kasse waren. In zwei Versammlungen sind am 25. Juli die Forderungen formuliert worden: Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden bei gleichen Löhnen und 10 Prozent Lohnzuschlag auf alle Alltagsarbeit. Die Unternehmer erklärten jedoch, dies nicht befähigt zu können. Es seien an Lohn 4 500 000 M. gezahlt worden, sie hätten also eine Einbuße von 400 000 M., sie würden dadurch zu teuer produzieren. Der Referent weist nach, daß das jedoch nicht zutreffe, denn in den letzten Jahren seien von den Fabrikanten namenslich die Alltagslöhne immer und immer wieder reduziert worden. Außerdem lehren die Erfahrungen und Statistiken, daß die Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit dasselbe zu leisten im Stande seien. Der Durchschnittslohn der letzten Jahre sei nachweisbar 583.83 M., die Beamtenlöhne eingerechnet. Bei solchen Tatsachen mit hohen Löhnen zu prahlen, sei Flunzerei. Hierauf weist Genosse Reichelt in klarer Weise auf verschiedene Artikel gegnerischer Zeitungen, wie Soziale Praxis, und auf die Berichte verschiedener Fabrikinspektoren hin, welche den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit namentlich für Frauen und Mädchen in moralischer, sittlicher und gesundheitlicher Beziehung zur Genüge beweisen. Die Sterblichkeit der Kinder im 1. Lebensjahr beträgt nach einer Statistik in einem Orte, wo Frauen in der Fabrik zu lange beschäftigt werden, 27,3 Prozent, während in einem Orte, wo bessere Verhältnisse vorherrschen, nur 11 Prozent sterben.

Bei 24 000 Einwohnern, davon 9000 Arbeiter, sind 6000 organisiert; schon im vorigen Jahre waren 4000 organisiert. Außerdem wissen die Crimmitshauer Arbeiter, daß die jetzige Situation sehr günstig für sie ist; es sind fast keine Lager vorhanden. Aber trotzdem haben die Fabrikanten nicht nachgegeben. Der Referent schildert hierauf die Unterhandlungen und den Verlauf der aufgelösten Versammlungen und das eigenartige Verhalten des dortigen Stadtbaus Dr. Busch. Auch mit den Schreibweise blätterlicher Zeitungen, namentlich der Leipziger Neuesten Nachrichten, rechnet der Referent ab. Eine gemeinsame Schreibweise, wie sie sich ein Schüler in von Berlinerstatte in den Leipziger Neuesten Nachrichten gestattet, lasse sich nicht denken. Die Behauptungen des Crimmitshauer Anzeigers widerlegt er als unverantwortliche Lügen, geschrieben, um Uneinigkeit in die Meilen der Arbeiter zu tragen. Doch ist in der Crimmitshauer Arbeiterschaft nur ein Gedanke vorherrschend: die Erringung des Gehaltstages.

Weiter schildert der Redner die Kämpfe der Streikenden um das Recht, Streikposten stellen zu dürfen. 80—70 sind schon aufgeschrieben und zum Teil verhaftet worden. Eine alte Frau von 50 Jahren ist verhaftet und zu einem Tag Haft verurteilt worden, weil sie der Anweisung des Schuhmanns, weiterzugehen, nicht gefolgt sei. Weiter zeigt Genosse Reichelt an der Handbücher Zeitungsatlas, in welch empörender Weise der kleinste Schwindel unternommen wird, um den Jüngern und der Bevölkerung etwas auszutricksen. Es werde von Terrorismus unter den Arbeitern und von Verführern geschrieben. An der Hand eines langen Briefwechsels, den die Streikleitung in einem Flugblatt veröffentlicht, das „an alle rechtlich denkende Menschen Deutschlands“ gerichtet ist, legt der Redner in ausführlicher Weise klar, auf welcher Seite Terrorismus geübt wird. Die Crimmitshauer Trittbrettfabrik, die schon länger den Begriff eingeführt hat, hat wiederholt den Vorstand des Fabrikantenvereins gebeten, sie von der Ausperrung ihrer Arbeiter zu entbinden, da alle Forderungen der Arbeiter in ihrer Fabrik erfüllt seien. Jedoch hat der Vorstand dieses Klubs abgelehnt mit der Begründung: Es müssen alle Arbeiter ausgesperrt werden, „um den Arbeitern zu imponieren und, weil man der Meinung sei, der Bevölkerung ihre bebrohlliche Spie abzubrechen.“ Als sich diese Fabrik doch nicht fügte, hat der Vorstand des Spinner- und Fabrikantenvereins diese in eine Strafe von 5 Prozent der im letzten Jahre nach den Aufzeichnungen der Berufsgenossenschaft gezahlten Gesamtlohn genommen. Kann man sich einen häßlicheren Terrorismus, einen schmähschweren Druck denken, und wo ist hier die Staatsanwaltschaft? so rief der Redner aus. Es ist eben ein Kampf der Großen gegen die

kleinen. Während auf der einen Seite die Unternehmer sich alles gestatten dürfen, sieht man wieder auf der andern Seite, wie verachtet wird, den Arbeitern die wenigen Rechte noch illustisch zu machen. Die Crimmitshauer Arbeiter haben nicht nur einen Kampf zu führen gegen ein rücksichtloses Unternehmertum, sondern auch gegen das Vorgehen der Behörden. Als der Redner davon gesprochen, daß es eine größere Ungerechtigkeit nicht gebe, wie sie jetzt gegen die Crimmitshauer Arbeiterschaft geübt werde, wie Beweise für das Handhaben von Unternehmertum und Behörden bringen wollte, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort.

Während des hierauf entstandenen Zuwulfs wurde die Versammlung aufgelöst. Genosse Schiller aus Crimmitshau konnte deshalb leider nicht zu Worte kommen; auch konnte die eingegangene Resolution nicht zur Abstimmung gebracht werden.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. September.

Unsere inhaftierten Genossen befinden sich noch immer im Untersuchungsgefängnis. Die Staatsanwaltschaft ist noch immer eifrig an der Arbeit. Wie die Altenburger Volkszeitung mitteilt, wurde in der dortigen Expedition der noch vorhandene Rest mit der inskribierten fünfzeiligen Notiz beschlagnahmt, wie der betreffende Schuhmann ausdrücklich sagte: im Auftrag des Staatsanwalts in Leipzig. Außerdem suchten die Schuleute sämtliche Altenburger Restaurants ab.

Uebrigens sind, soweit es sich um Genossen Hellmann handelt, die Akten an die Altenburger Staatsanwaltschaft übermittelt worden, die nun jedenfalls auch noch Erhebungen pflegen soll — und das alles wegen einer gleichgültigen Notiz von fünf Zeilen, der in Ueberkreisen gewiß keinerlei Bedeutung beigemessen wurde. Ueberdies stand die gleiche Notiz auch in bürgerlichen Zeitungen, ohne daß man bis jetzt von einem Vorgehen gegen dieselben etwas gehört hätte.

Wie uns aus Wien berichtet wird, stammt sie von der Zeit weiterverbreitete Notiz aus der dortigen Korrespondenz Wilhelm. Das ist die offiziöse Wiener Polizei-Korrespondenz und als solche die bestbeglaubigte Lokalkorrespondenz Wiens, deren Mitteilungen von allen Blättern als halbamtlich ohne Nachprüfung übernommen werden.

**Zur Lokalfrage.** Die Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagwahlkreises, die am 20. August im Pantheon abgehalten wurde, nahm folgende, von der Lokalkommission eingebrauchte Resolution an:

Die Empfehlung des Kristallpalastes, des Centraltheaters und des Zoologischen Gartens im Annenstraße und im Feuilleton der Volkszeitung sowie der Besuch dieser Etablissements seitens der Arbeiter erscheint der Parteiversammlung für den 12. und 18. sächsischen Reichstagwahlkreis nur insofern angangig, als es sich dabei um wissenschaftliche und Unterhaltungsredaktionen oder um künstlerische Veranstaltungen handelt. Unter den künstlerischen Veranstaltungen, die empfohlen werden dürfen, versteh' die Versammlung hervorragende musikalische oder herztragende theatralische Aufführungen, von deren Besuch auch den Arbeitern nicht abgeraten werden soll. Unter die künstlerischen Veranstaltungen der vorerwähnten Art fallen die Varietévorstellungen und Singspiele nicht.

Bei dem Besuch der freigegebenen Veranstaltungen haben sich die Arbeiter des Wiener und andern Konsums zu enthalten. Auch im übrigen erachtet es die Versammlung für ganz unerlässlich, daß der Kristallpalast, das Centraltheater und der Zoologische Garten als Verlehrungs- und Vergnügungsorte nach wie vor von den Arbeitern streng gemieden werden, weil die Säle dieser Etablissements zu sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen verhürt werden und deshalb vom Militärbetrieb freigelassen werden.

Mit der Ausführung dieses Beschlusses beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung die Parteileitung des 12. und 13. Reichstagwahlkreises und beschloß, die vorstehende Resolution, soweit sie sich auf die Volkszeitung bezieht, von heute, den 7. September, an in Kraft treten zu lassen.

Die erwähnte Parteiversammlung beschloß ferner auf Antrag des Genossen Seeger:

Neben den genannten Varietésalen (Kristallpalast und Centraltheater) sind auch die Etablissements Wattenberg und Stadt Nürnberg von der Arbeiterschaft zu meiden.

Um dem Einwand zu begegnen, daß nach strikter Durchführung der ersterwähnten Resolution das in manchen

Im neuen Jahrgang der Deutschen Kunstschau, dem dreißigsten, der mit dem Oktoberheft 1908 beginnt, wird der Briefwechsel zwischen Theodor Storm und Gottfried Keller herausgegeben und erläutert vom Leipziger Professor Dr. Albert Köster, und der Briefwechsel des Großherzogs Karl Alexander von Weimar mit Frau Anna Lewald-Schäfer (1848—1889) vom Staatsminister a. D. Günther Hansen veröffentlicht werden.

Jules Verne nicht erblicknet. Aus Anlaß der Gerüchte über den Verlust seines Gehvermögens richtete Jules Verne an einen ihm befreundeten Redakteur des Gaulois einen Brief, in dem er schreibt: „Ich kann mich nicht an den Gebanen gewöhnen, daß ich blind sein soll, wie die Zeitungen behaupten. Deshalb nehme ich die Gedanken, um Ihnen zu zeigen, daß die Nachicht unwahr ist. Meine angebliche Blindheit bestand in einem leichten Katarrax des rechten Auges, in sonst nichts. Freilich, wenn ich all die Briefe lesen sollte, die ich seit meiner geistlichen Blindheit erhalten, so würde ich vielleicht meine Augen erblinden und schließlich blind werden.“

Die Zensur hat in Köln Arthur Schniblers lustigen Einakter Abschiedssooper verboten. Man wird in Köln immer heiliger. Vor zwei Jahren wurde das Stück dort noch in französischer Sprache, im vorigen September gar noch deutsch aufgeführt werden.

## Eingelaufene Schriften.

Das Magazin für Literatur, Leipzig-Reudnitz, Magazinverlag, 72. Jahrgang, 2. Augustheft. (Paul Wigand, Das Beispiel Stendhal, Georg Nobis, Strindbergs drei Märchenstücke, Dr. F. Löwenberg, Unsre Volksmärchen.)

Verzeichnis sämtlicher Postorte in Deutschland und Österreich-Ungarn mit Bezeichnung der Telegraphenanstalten nebst Angabe, wie die deutschen Postanstalten in Telegraphenanschriften geschrieben sein müssen, um eindeutig (zulässig) als ein Wort zu zählen, ferner mit Angabe des Landes, Bezirks sowie der Lage auf der Postenkarte. Hierzu eine Tarifabrechnung mit Postenarten und einem Tarif zur Berechnung des Postos für Paket- und Versendungen nach und von sämtlichen Orten, zum Gebrauch in jedem Ort eingerichtet. Unter Benutzung amtlicher Quellen bearbeitet von Hermann Heitler, Inspektor bei der Königlichen Generaldirektion der Posten und Telegraphen in Stuttgart. Zugleich vollständiges Ortsverzeichnis zu des Verfassers Posthandbuch für die Geschäftswelt. Vierte verbesserte und ver-

Volkstreit nun einmal bestehende Bedürfnis zum Besuch der Varietées unbefriedigt bleiben müsse, vor die Lokalkommission bereits vor der Parteiversammlung vom 20. August mit den Etablissements Battenberg und Stadt Fürth wegen gelegentlicher Hergabe ihrer Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen in besondere Verhandlungen getreten, wobei die Direktionen beider Etablissements Neigung zum Entgegenkommen zeigten. Nach Annahme des Antrags Seger in der Versammlung vom 20. August hat es aber Stadt Fürth brüder abgelehnt, sich auf weitere Verhandlungen mit der Lokalkommission einzulassen.

Hingegen hatten die Verhandlungen mit Etablissement Battenberg folgendes Ergebnis: Der Inhaber von Battenberg bleibt bei seinem früheren, schon vor der Reichstagswahl bekannt gewordenen Entschluss stehen, wonach er seinen großen Saal der sozialdemokratischen Partei in der allerdings verhältnismäßig kurzen Periode des Zeichens, in der Varieté-Besetzungen nicht stattfinden, unentgeltlich zur Verfügung stellt. Während der Spielzeit, in der der große Battenberg-Saal schon von langer Hand täglich mit einer Varieté-Besetzung belegt ist, wird dieser Saal gegen Ertrag der Hälfte der wegen des Ausfalls der Varieté-Besetzung an dem betreffenden Tage nutzlos aufzuwendenden Kosten (Spielschmanker etc.) zur Verfügung gestellt.

Nach diesem Ergebnis hält es die unterzeichnete Kommission bis zu einer anderweitigen Stellungnahme einer Parteiversammlung für ratsam, es bezüglich der Battenberg-Annoncen bei dem bisherigen status quo belassen zu sollen. Die Lokalkommission.

Die vier Armeekorps, die in den letzten Tagen in Leipzig und Umgegend einquartiert waren, sind heute nach wieder abgerückt. Die Soldaten sind von der roten Bevölkerung unserer Stadt fast ausnahmslos gut aufgenommen und verpflegt worden. Insbesondere in den Vororten, wo die sozialistisch gesinnte Bevölkerung vorherrscht, schieden die Soldaten mit lebhaften Worten des Dankes für die freundliche Aufnahme, die sie fast bei allen Quartierwirten gefunden hatten. So sehr die sozialdemokratische Bevölkerung das System des Militarismus bekämpft, so eifrig hat sie sich der Verpflegung der einzelnen Soldaten gewidmet, um diese während der hier verbrachten Ruhtage für die bereits überstandenen Strapazen zu entschädigen und sie für die noch bevorstehenden Strapazen der kommenden Mandertage zu entschädigen. In den nächsten fünf Tagen dürfen nur wenige Soldaten wieder in lezte Quartiere gelangen. Das Volk fühlt mit den Soldaten!

Ein sprechender Beweis hierfür bot sich in Kleinzschöda. Am dortigen Rittergute waren 47 Soldaten unter Umständen einquartiert, die weder die Soldaten befriedigten, noch von der Bevölkerung als angemessen angesehen wurden. Die Einwohner dieses „roten Nestes“ ließen es sich nicht nehmen, die Einquartierung des Ritterguts zu sich zu holen. Ganz war das Massenquartier des Ritterguts fast ganz von den gewöhnlichen Mannschaften befreit, bis es sich in den Bürgerquartieren wohl sein ließen.

Auch aus Modau wird uns unter gestrigen Datum geschrieben: Die Männer und die damit verbundene Kaiserparade haben unser Ort zahlreiche Einquartierung gebracht; im Gemeindehaus und im Gemeindeamt befinden sich Zahl- und Geschäftsstellen der einzelnen Bataillone. Sozialdemokraten und Lokale mit Militärverbot haben Einquartierung; bis zur Stunde ist aber noch nichts bekannt worden, daß diese Verquartierung unsern Brüdern im Waffenrock irgendwie schädlich gewesen wäre. Am Rittergut ist die Aufnahme der fremden Soldaten „so vorzüglich“, daß der höhere Teil dieses agrarischen Idylls schon vor der Zeit wieder verlassen hat. Einforderer dieser Zeilen hat die Schlafstätten der Soldaten befehlen; das schlechteste Biwak ist dieser Verquartierung vorzuziehen. Die Waschgelegenheit für annähernd 100 Soldaten besteht aus einem Fass Parthebwasser und einer Brühwanne; als Handtuch durfte der Soldat Taschentuch oder Fußlappen selbst beschaffen. Die nächtliche Gesellschaft der Männer war so zahlreich, daß der verbliebene Rest der Soldaten es vorzog, auf den an den Dreschmaschinen-Schuppen angrenzenden dünnen Rasenflächen zu nächtigen.

Einen Wunschzettel hat die hiesige Schuhgemeinschaft für Handel und Gewerbe der hiesigen Gewerbetreiber in Gestalt folgenden „Geschenkverses“ überreicht:

mehrte Aussage. Verlag von Greiner und Pfeiffer in Stuttgart. Preis 2.50 M. — Dieses Verzeichnis der Postorte Deutschlands und Österreich-Ungarns ist eine willkommene Ergänzung zu dem Hitlerischen Posthandbuch, das wegen seiner Vollständigkeit und Übersichtlichkeit zusammen mit dem Postortsverzeichnis jedem Geschäftsmann willkommen ist. Was das Verzeichnis von den Postorteregistern vorteilhaft unterscheidet, die die Reichspost und die bayerischen und württembergischen Posten herausgegeben haben, ist vor allem seine Vollständigkeit, die Zusammenfassung aller deutschen Postgebiete und das hinzunehmende Österreich-Ungarns.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 40. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bürgerliche Agonien. — Ein Nachwort zur Präsidientenfrage und Verwandtem. Von A. Bebel. — Zum Parteitag. Von K. Rautsky. — Der internationale Sozialistenkongress zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht. Von Theresia Schleinger-Eckstein. — Literarische Rundschau: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Von Menkophius. Baurat G. Hardegg, Gewerbeinspektor, Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

— Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein. Stuttgart, Dieß. 3. Band, Heft 9. (I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. III. Milleran über den französischen Reformsozialismus. — Vassalle eingaben an den Politikpräsidenten von Hindelgen und den Prinzen von Preußen. 1855 und 1858. III. Urkunden des Sozialismus. Das Programm der sozialdemokratischen Partei Ungarns. — Ein Wahlmanifest Troubhous aus dem Jahre 1848. (Schluß.) IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.)

Der wahre Jacob. 20. Jahrgang, Nr. 19. Die Nummer ist dem Dresdner Parteitag gewidmet.

Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. 18. Jahrgang, Nr. 19. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Aufgabe des Parteitags zu Dresden. — Presseleiter für die Verkürzung der Arbeitszeit. — Frauen im kommunalen Armenrat. Von m. — Aus der Bewegung.

Simplicissimus, Illustrierte Wochenschrift. München, Albert Langen. 8. Jahrgang, Nr. 24.

Rudolf Broda, Esquisse d'une histoire naturelle des partis politiques. Paris, Guillaumin et Cie.

1. Zu einem Ausverkauf ist Genehmigung einzuhören. 2. Die Genehmigung ertheilt die Handels- oder Gewerbezulässigkeiten in deren Hammerbezirk der Ausverkauf stattfinden soll. 3. Ein Ausverkauf oder dergleichen darf nur veranstaltet werden bei vollständiger Geschäftsaufgabe, bei Lokalwechsel, Saisonwechsel oder bei vollständiger Aufgabe einer Warengattung. 4. Bei Einholung der Genehmigung ist ein Verzeichnis derjenigen Wareneinzubringen, die dem Ausverkauf unterworfen sind. 5. Ein Ausverkauf gleicht zu achten sind: Münzungsverläufe, Ausnommeverträge oder Wochenverträge, billige Tage, Gelegenheitsverläufe oder ähnliche Bezeichnungen. 6. Ausverkäufe dürfen in der Regel nicht über 14 Tage ausgedehnt werden, nur bei gänglicher Aufgabe des Geschäfts kann bis zu sechs Monaten Erlaubnis erteilt werden. 7. Für jeden Tag, den ein Ausverkauf dauert, sind 10 M. pro Tag Steuer im voraus zu zahlen. 8. Ein Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe ist nur dann zulässig, wenn das Geschäft vollständig aufgelöst wird und nicht nur den Besitzer wechselt. 9. Ein Ausverkauf darf nicht veranstaltet werden, wenn zuvor größere Mengen von Waren beschafft sind, die in dem Ausverkauf mit verwertet werden. 10. Bei Ausverkauf eines Konkurrenzlagers oder Räumungsverkauf oder wegen Geschäftsaufgabe ist jede Nachschickung von Waren verboten. 11. Ein Konkurrenzverkauf darf nur angekündigt werden, wenn der Konkurrenzverkäufer oder seine Angestellten den Ausverkauf bewerstelligen und der Erlös ausschließlich der Konkurrenzmasse zufällt. 12. Mehr wie zweimal innerhalb zwölf Monaten darf ein Ausverkauf oder ähnliches nicht genehmigt werden. 13. Ist ein Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe vorgenommen, so darf der betreffende Inhaber oder dessen Angehörige vor Ablauf von zwei Jahren im Hammerbezirk sein Geschäft derselben Art eröffnen. 14. Ist eine Warengattung zum Ausverkauf angekündigt, so darf dieselbe vor Ablauf von zwei Jahren in dem Geschäft nicht wieder eingeführt werden. 15. Die Handels- und Gewerbezulässigkeiten sind berechtigt, die Geschäftsbücher derjenigen Geschäftsinhaber einzusehen, denen Ausverkauf genehmigt ist, und bei denen begründeter Verdacht vorliegt, gegen vorstehende Bestimmungen verstochen zu haben.

Dieser „Geschenkvers“ der Leipziger Mittelstandsbretter ist eine Arbeit für den Papierlorb. Immerhin zeigt diese, wohin die Mittelständler ihren Kurs richten.

**Verlängerung der Declarationsfrist.** Das sächsische Finanzministerium erlässt folgende Bekanntmachung: Die Verordnung des § 47, Absatz 3, Satz 1 der Verordnung, die Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bestreift, vom 25. Juli 1900 wird dahin abgeändert: In der Aufforderung zur Declaration ist dem Beitragspflichtigen zu deren Abgabe eine Frist von drei Wochen einzurücken, die auf Ansuchen des Beitragspflichtigen durch die Gemeindebehörde um eine weitere Woche verlängert werden kann, dazwischen durch eine solche Verlängerung nicht die Einhaltung des in § 52 für die Abgabe der Declaration an die Bezirkssteuereinnahme geordneten Termins gefährdet wird. Gemeinsprechend treten in den Mustern, Anlage K der angezogenen Verordnung, sowie Anlage IV der Verordnung, die Ausführung des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 betreffend, vom 2. Februar 1903 an die Stelle der Worte: „binnen zehn Tagen“ die Worte: „binnen drei Wochen“. Die Gemeindebehörden haben die auf Grund der bisherigen Bestimmungen bereits ausgedruckten Formulare vor der Hinausgabe an die Beitragspflichtigen mit Tinte oder durch einen Stempelabdruck dem vorigen Absatz gemäß abzändern.

Das Leipziger Tageblatt erwartet, daß diese „wichtige Verordnung in weiten Kreisen mit lebhafter Befriedigung aufgenommen werden wird“. Das bedrückte Tageblatt dichtet der Sache eine Bedeutung an, die sie nicht hat. Ein gerechtes Steuersystem würde sicherlich mehr befriedigen, als diese Verlängerung der Declarationsfrist.

**Zur Nachahmung bei den sächsischen Staatsbahnen empfohlen.** Die Soziale Praxis schreibt: Für die Bereitstellung von Getränken für die Eisenbahnangestellten haben die Eisenbahndirektionen für Erfurt und Halle eine bemerkenswerte Neuerung eingeführt: Sie haben für einzelne Werkstätten Kaffeemaschinen beschafft. Ferner sind in den Werkstätten des Eisenbahndirektionsbezirks Eisen-Vorräte zur Herstellung von Brausewasser und Brauselimonaden vorhanden. Da sich diese Einrichtungen bewährt haben, und durch sie gefundene Getränke die für die im Dienste befindlichen Beamten und Arbeiter zu äußerst niedrigen Preisen hergestellt werden können, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirektionen ermächtigt, geeignete Maschinen und Apparate für die Werkstätten, sowie für höhere Übernachtungs- und Aufenthaltsräume nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zu beschaffen, soweit nicht die Arbeiter selbst die Beschaffung auf eigene Kosten vorzunehmen wünschen. Die Getränke sind den Beteiligten zum Selbstostenpreise zu verabreichen.

**Die Vereinsmeierei** trieb auch früher schon ganz eigenartige Blüten, wie aus folgender Notiz des Stadt- und Dorf-Anzeigers hervorgeht, die wir dort unter der Rubrik „Vereinsleben“ finden:

Der Räsonierklub in L.-Sellerhausen bestand am 2. d. M. unter Leitung des Vorstandes Herrn Bädermeister Junghans 20 Jahre; nächsten Sonntag wird das 20jährige Jubiläum im neuen Gasthof gefeiert. Alle Freunde, Bekannte und sämtliche (1) Abonnenten des Stadt- und Dorf-Anzeigers sind zu der Feier eingeladen.

Die „hümlichen“ Abonnenten des Dorf-Anzeigers werden in der gleichen Nummer auf 43122 angegeben. — Worüber müssen denn die Herren „räsoniert“ haben, als sie sich am Sedantage 1883 zu einer Vereinsgründung zusammenfanden?

**Konsumentverein Leipzig-Plagwitz.** Im Monat August sind 340 Personen der Genossenschaft als Mitglieder beigetreten. Während der Monat August v. J. 862206, 18 M. Verkaufs-erlös ergab, halte der gleiche Monat d. J. einen Verkaufserlös von 927471,29 M.

**Die Errichtung eines Pfandbriefinstituts** und einer städtischen Hypothekenbank wird in den Kreisen der Leipziger Hausbesitzer lebhaft befürwortet; man will sich bei dessen Gründung nach dem Vorbilde Dresdens richten. In einer demokratischen Versammlung des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Leipzig wird die Frage dieser Gründung zur Erörterung kommen.

**Risiko der Arbeit.** Verstorben ist im städtischen Krankenhaus zu St. Jakob der in der Braustraße 16 in Möckern wohnende 25 Jahr alte Arbeiter, der am 25. August auf dem Neubau Ecke Mühlstraße und Königsplatz vom Gerüst herabgestürzt war und hierbei einen Schädelbruch erlitten hatte. Der betroffene hinterließ außer seiner Ehefrau sechs unerzogene Kinder.

**Getrunkener Soldat.** Beim Baden in der Elster bei Hartmannsdorf ist am Sonnabend der dort einquartierte 25-jährige Reservist Richard Hermann aus Dresden von der 1. Kompanie des 18. Jägerregiments ertrunken. Der Unglücks wurde im Wasser von einem Herzschlag getroffen. Der Verstorbene hinterließ eine Mutter, für deren Unterhalt er zu sorgen hatte. Der Leichnam wird nach Dresden überführt.

**Abgestürzt!** Am Sonnabend stürzte ein auf dem Neubau an der Ecke der Kaiser-Wilhelm-Straße und Scharnhorststraße beschäftigter, 17 Jahre alter Dachdecker in Überweihelig während der Arbeit vom Dache. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht. Zum Glück hat er keine erheblichen Verletzungen davongetragen.

**Bermiht** wird seit dem 4. d. M. der am 10. Oktober 1888 in Sonderhausen geborene Buchdruckerlehrling Alfred Kurt Richter aus der elterlichen Wohnung in der Neuen Straße in L.-Thonberg. Der junge Mensch ist von kleiner Gestalt, hat blondes Haar, rundes, gefundenes Gesicht und trägt einen braunlichen Tafellanzug, blaue Mütze und Schnürschuhe.

Der Polizei freiwillig stellte sich ein 22 Jahre alter Handlungsbhilfse aus Hamburg unter der Selbstschuldigung, seinem Prinzipal in Eberswalde 1800 Mark unterschlagen zu haben.

**Mehrere Taschendiebstähle**, wobei den Dieben Portemonnaies mit zum Teil recht anschaulichen Geldbeträgen in die Hände fielen, sind am Sonnabend verübt worden. In einem kleinen gestohlenen Portemonnaie hat sich eine Eisenbahnfahrkarte Offenbach-Leipzig und eine solche Altenburg-Leipzig und in einem andern eine Playkarte und eine Jagdkarte eines hiesigen Einwohners befunden.

**Feuer entstand** gestern in einem Lagerraum der Bahngesellschaft des Dresdner Bahnhofs durch die Entzündung von Baumwolle. Bahnarbeiter haben den Brand unterdrückt. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Spirituslampe war gestern vormittag in der Prendelstraße ein Gardinenbrand veranlaßt worden. Dieben haben die Haushaltswunder bestellt. — In L.-Lindenau war vergangene Nacht die Ladung zweier Eisenbahnloks, bestehend aus Bleikets, durch Selbstentzündung in Brand geraten. Dieses Feuer hat die Feuerwehr gelöscht.

**Wo bleibt der Finder?** In der Nähe der Hauptpost hat am 1. d. M., Nachmittags in der 5. Stunde, ein Markthelfer einen alten gelbledernen Bugbeutel mit etwa 87 Mark Inhalt verloren. Ein unbekannter Mann hat den Beutel gefunden, dies einem Schuhmann mitgeteilt und versprochen, den Fund an das Polizeiamt abzuliefern. Dies hat er bis jetzt jedoch nicht getan, auch ist eine Annonce des Verlierers erfolglos geblieben. Der Finder wird daher aufgefordert, den Fund nun mehr ohne Verzug beim Polizeiamt abzuliefern.

**Alte Polizeinachrichten.** Diebe entwendeten am Sonnabend in der Sternwartenstraße einen Rover mit schwarzer lackiertem Gestell und gelben Felgen, ferner ein Fahrrad, Marke Cieszent, Chicago U. S. A. mit schwarzem Gestell und gelben Felgen und den an der Klingel eingeschraubten Buchstaben A. E., mittels Nachschlüsseln aus einer Wohnung der Breitenfelder Straße in Görlitz einen Geldbetrag von 48 Mark und eine ältere silberne Taschenuhr, in L.-Lindenau aus einem Garderobenzubüro eine größere Anzahl wertvoller Damenseide und Wäsche, darunter ein weißes Glanz-Battistkleid mit ausgeschnittenem Taillen und schwarzen Spangenbesatz, ein rosafarbiges Unterleib mit weißem Spangenbesatz, ein blaues Kittensleid mit weißer Stickerei, einen weißen Battistunterrock mit Bolants und weißem Spangenbesatz, ein Paar gelbe und ein Paar schwarze, ausgeschnittene Damenschuhe, sowie verschiedene andere Sachen. Aus einem Restaurant der Berliner Straße sind verschiedene Lebensmittel und Zigaretten gestohlen worden.

Ein etwa 12 jähriges Mädchen hat am Freitag zu Mittag an der Ecke der Nürnberger Straße und Königstraße einem kleinen Knaben einen Geldbetrag abgenommen. Die junge Diebin hat ein schwarzes und rotgestreiftes Kleid und dunklen Strohhut getragen.

In der Wintergartenstraße wurde gestern nachmittag eine Stepperin von einem Radfahrer umgerissen. Die Verletzte klagte über Schmerzen in der Seite. Den Radfahrer soll kein Verstoß tun.

Auf dem Georgiringe fuhr ein Postgeschirr gegen einen Motorwagen, wobei dessen Spritzwand beschädigt wurde.

**Zweiwaldorf.** Am Sonnabend nachmittag stürzte auf der Zweiwaldorf-Leipziger Chaussee bei einer heftigen Erschütterung des Wagens ein Brummbüdler um, wobei die neben dem Wagen hergehende 17-jährige Arbeiterin Pauline Mazelkimer vom hiesigen Rittergut unter dasselbe geriet und einen Bruch des rechten Beins erlitt.

**Stötteritz.** Dienstag, den 8. September, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung enthält Mitteilungen, Bau- und Straßenbausachen, Einführung der Wasserleitung in die Schönbachstraße etc.

**z. Sommersfeld.** Der hiesige Schulvorstand ist recht patriotisch, wenn in der Sonnabendnummer des Dorf-Anzeigers berichtet dessen hiesiger th.-Korrespondent, daß der Schulvorstand mit Genehmigung der lgl. Bezirksschulinspektion den Sonnabend der hiesigen Schuljugend frei gegeben habe, „um ihr Gelegenheit zu geben, mit ihren Eltern die Feierlichkeiten am Sonnabend in Leipzig und Umgegend anlässlich der Kaiserparade sich anzusehen“; dafür sei auch am Sonnabend der Unterricht wie gewöhnlich abgehalten worden. — Die Stundenzahl der Schüler in der hiesigen Dorfschule (ungefähr 200 Kinder bei 2 Lehrern) ist eine so niedrige, daß im Interesse der pädagogischen Erziehungsfeststufe auf patriotische Ferientage wohl verzichtet werden könnte. Wir halten es auch für ganz ausreichend, daß ein Bedürfnis hierfür gewährt werden ist. Vielleicht verrät der Herr th. noch, von wem die Anregung ausgegangen ist zu einer Maßnahme, die den Besitz nur des allerkleinsten Teiles der hiesigen Familienväter gefunden haben wird.

## Vereine und Versammlungen.

### Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Sitzstelle Leipzig).

Vor Eintreten in die Tagesordnung wird das Ableben des Kollegen Baum in der üblichen Weise geehrt. Hierauf sprach Genosse Jaech zu dem Thema: Schutzpolizei oder Freihandel? Siebner führte aus, daß unter dieser Flagge schon manche großen Kämpfe zwischen den einzelnen Parteien ausgefochten sind und noch auszufechten werden müssen. Vor 25 Jahren habe die Sozialdemokratie noch keine positive Stellung zur Polizei eingenommen; ihr konnten damals die Kämpfe, welche die bürgerlichen Parteien wegen dieser Frage untereinander führten, gleichgültig sein, da sie die vitalsten Interessen der Arbeiter nicht berührten. Heute sei jedoch die Frage: Schutzpolizei oder Freihandel? zur Kernfrage geworden; sie habe neuen Sinn und neue Bedeutung gewonnen. Die ehemals freihändlerisch gebliebenen bürgerlichen Parteien seien die größten Schutzgönnner geworden, und nach der heutigen Stellungnahme der Parteien müsse diese Frage behandelt werden. Nebenbei gibt hierzu einen geschichtlichen Rückblick auf das Bollwerk von der großen französischen Revolution aus bis zum Jahre 1878, wo Bismarck an den Bundesrat mit Forderungen auf die verschiedensten Produkte und industriellen Erzeugnisse herantrat. Heute berührt es einen eigentlich, daß damals der Bundesrat sich hierzu ablehnend verhielt; dennoch habe Bismarck seine Politik durchzusetzen gewußt, so daß in den 80er Jahren der Dreißig- und Fünfmark-, und alsdann der Siebenmark-Gersteidezoll eingeführt

worden sei, und heute habe man mit dem Broßmarzoll zu rechnen. Die Folgen dieser Broßmardischen Politik haben sich gezeigt, als dieser abtrat; ein großer Notstand sei damals über Deutschland hereinbrechen, welchem erst die Kapitalistischen Handelsvereinigungen ein Ende bereitet hätten. Unter der Parole: Schutzgeld oder Freihandel seien alle Parteien in den letzten Wahlkämpfen gezogen. Die Sozialdemokratie, die vor 25 Jahren noch erklärte, nichts mit der Polspolitik zu tun zu haben, habe die Kämpfe im Reichstage um den Böltarif zu einer großen politischen Aktion gemacht und die Großindustriellen und Agrarier aber, die sich damals gegenseitig wegen ihrer Stellung zur Polspolitik bekämpft hätten, wären sich heute darin einig. Wie kommt das? Was habe diese Umbildungen hervorgerufen? Diese Fragen seien leicht zu beantworten. Früher konnte man nicht von Schutzzöllen sprechen, da ein jeder Zoll in erster Linie dazu diente, die Staatsfassen zu stärken; heute dienen die Zölle aber vor allem den Zwecken einer Unternehmensgruppe, den Großindustriellen und Agrarier die Taschen zu füllen. Das, was man heute Schutzzoll nennt, sei kein solcher; es sei ein Wucher, ein Monopolzoll, der nur dazu dient, diejenigen, welche durch ihrer Hände Arbeit die Industrie konkurrenzfähig erhalten müssen, noch mehr und mehr auszubauen. Neue Kämpfe wegen der Polspolitik ständen im Reichstage bevor; die Sozialdemokratie werde wieder alles dranziehen, um noch schwerer wirtschaftlichen Schädigungen der Arbeiterklasse hiedurch vorzubringen. Es werde ein Kampf werden zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten. Man müsse der Arbeiterschaft begreiflich machen, daß es sich hierbei um ihre vitalsten Lebensinteressen handelt, damit die Kämpfe der Sozialdemokratie im Reichstage gegen jede weiteren Zölle verständen. — Dem mit hohem Interesse aufgenommenen Vortrag folgte reicher Beifall. Hier nach berichtet Kollege Börner über die Beendigung des Streits bei Groß. Über die Bedingungen, welche hierzu führten, ist schon ausführlich berichtet worden. Im Anschluß an diesen Bericht teilt Börner mit, daß die Verwaltung von dem Verbandsabstimmungskomitee unorganisierte erhalten keine Unterstützung, habe abgelehnen müssen, da die sechs anderen beim Großzöllnischen Streit interessierten Gemeinschaften beflossen haben, ihre Unorganisierten zu unterstützen und doch zu dieser Unterstützung alle Gewerkschaften prozentual beteiligt haben und die Holzarbeiter sich nicht ausschließen konnten. Kollege Meusch weist in seinen Ausführungen hierzu auf das frühere Verhalten der Industriellen bei Groß hin und beantragt deshalb, alle an die indifferenten Holzarbeiter gezahlte Unterstützung nur als ein Darlehen zu betrachten, welches zurückzufordern ist, sobald diese Kollegen ihren nunmehrigen statutarischen Verpflichtungen gegenüber der Organisation nicht nachkommen. Obwohl dieser Antrag nur vom Kollegen Meusch vertreten wird, dagegen von den Kollegen Gerlach, Gerlach, Nothe, Ritter und Börner auf das entschiedensthetisch bekämpft wird, gelingt der selbe mit drei Stimmen Majorität zur Annahme. Hier nach beschließt die Versammlung auf Antrag der Polspolitik, für die Crimmitshauer Tegelarbeiter Sammelstellen unter den Mitgliedern anzuliefern zu lassen und wird die Polspolitik ermächtigt, bis zu 1000 M. auszugeben, welche Summe von dem Ertrage der Sammellisten wieder zu beden ist. Wegen vorgerückter Zeit konnte die übrige Tagesordnung nicht erledigt werden.

## Von Nah und Fern.

Überfahren.

**Chemnitz.** 7. September. Von einem Buge der Straße Chemnitz-Leipzig überfahren wurde bei Fürth bei Chemnitz ein etwa 20jähriger junger Mann. Offenbar liegt Selbstmord vor.

**Von der Dampflok erfaßt.**

**Breslau.** 7. September. Der Wagenmeister Wüttner wurde gestern mittag von der Maschine eines einlaufenden Buges erfaßt und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Er hinterläßt dem Breslauer General-Anzeiger zufolge 9 Kinder.

**Typhus in der Nähe Göttingens.**

**Göttingen.** 5. September. Im Nachbarort Vorlungen ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Mehrere Personen sind bereits gestorben.

**Ein Gedrama.**

**Mainz.** 4. September. Die 21jährige Ehefrau des Schlossers Hermann Fischer in der Frauenlobstraße unterhielt seit längerer Zeit mit zwei Juhtleuten ein unerlaubtes Verhältnis, das gestern abend den Chemnitz zur Verzweiflung trieb. Als er nach Hause kam, erging er seine beiden Knaben im Alter von drei Jahren und drei Monaten, welche mit ihnen an den Rhein, warf die Kinder in den Strom und sprang nach. Von Schiffen des Bootes Hansa, die den schrecklichen Vorfall mit ansehen, wurden der Mann und das ältere Kind gerettet. Das jüngere Kind ertrank. Fischer, seine Frau und die beiden Juhtleute wurden verhaftet.

**Risiko der Arbeit.**

**Homburg.** 5. September. Auf Schacht 4 der Zeche Rheinpreußen durchschlug ein Förderloch eine Wöhne, wodurch drei Bergleute in die Tiefe gestürzt und getötet wurden.

**Schadensfeuer in einer elektrischen Kraftstation.**

**Weiderich.** 5. September. Heute nacht 1 Uhr entstand in der Kraftstation der elektrischen Straßenbahn Feuer, daß die neuerrichtete Wagenhalle nebst 28 Motor- und zwei Anhängewagen vernichtet. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

**Ein Todesmarsch.**

Auf dem Marsche des 9. böhmischen Landwehrregiments von Semil nach Hohenelbe stürzten infolge der großen Höhe 43 Mann ohnmächtig nieder; 18 sind schwer erkrankt, einer starb.

**Eisenbahnnunglück.**

**Overdon.** 5. September. Ein Bahnhofzug mit Material und Waggons eines Genie-Halbbataillons, die sich zu Manövern begeben wollten, entgleiste bei der Ausfahrt aus der Station Speudes. Mehrere Soldaten wurden verwundet, darunter vier schwer.

**Anschlag auf einen Eisenbahngong.**

**Frankfurt a. M.** 5. September. Auf den Frankfurt-Berliner D-Zug, der hier um 9 Uhr 85 Minuten abgeht, wurde gestern abend bei Mühlheim a. Rh. ein Anschlag verübt, indem eine etwa 12 Meter lange, 10 Zentner schwere Goliatschiene quer über das Gleise gelegt wurde. Ein Bahnwart stellte den Zug rechtzeitig, der 70 Kilometer in der Stunde fuhr, und verhinderte so ein großes Unglück. Die Staatsanwaltschaft hat bereits die Untersuchung eingeleitet. Man vermutet, daß entlassene Streckenarbeiter die Täter sind.

**Familiensterblichkeit.**

**Frankfurt a. M.** 5. September. Heute mittag wurden hier in der Nähe des Schlachthausen vier zusammengebundene Leichen, Vater, Mutter und zwei Söhne, aus dem Main gelandet. Die Toten sind noch nicht identifiziert.

**Fabrikbrand.**

**Köln.** 5. September. In vergangener Nacht wurde die Stofffabrik formerly Nolffs u. Co. teilweise durch Feuer zerstört. Die Strafanstalt und mehrere andere Gebäude standen eine Zeitlang in Gefahr. Mehrere Arbeiter wurden jedoch verletzt.

**Zusammenstoß zweier Motorwagen.**

**Döppeln.** 5. September. Wie die Schlesische Volkszeitung

meldet, stießen in Bolzen zwei Motorwagen der elektrischen Wagen so heftig zusammen, daß beide Wagen vollständig zerstört wurden. Fünf Passagiere und je ein Motorfahrer, Chauffeur und Kontrolleur erlitten schwere Verletzungen, während verschwiegene andere Personen mit leichteren Wunden davonkamen.

## Vermischtes.

**Die Kultur ist im Rückgang, sogar das Theater verroht.** Man denkt nur: in Wien sind am Dienstag abend zu der zu Ehren König Edwards veranstalteten Festvorstellung verschiedene Herren der "besseren" Gesellschaft ohne Frock erschienen. Die Direktion hatte auf dem Bühnen eine Bitte um gewohnte Kleidung vermerkt; aber die unanständigen Leute waren so kulinärstädtig, daß sie einen zugelösten Gebrok für gewohnte Kleidung hielten. Die bürgerliche Presse Wiens ist entüstet darüber, sie schämt sich für die Nebelhäuser, die Wien vor ganz England blamieren haben.

**Recht so:** Der Hong Kong glänzender Vornehmheit, der sich gegenwärtig in der Bourgeoisie mehr als je bemerkbar macht, muß noch immer weiter entwickelt werden. Auf allen Gebieten hat sich das Proletariat als gefährlicher Rivale des Bürgertums erwiesen, auf dem Gebiet der gewohnten Kleidung wird es ihm nicht folgen können. Da sind noch Vorbeeren zu pflücken, von denen der Proletarier die Hände lassen muss.

**Die amerikanischen Menschenknochenmühlen par excellence sind die Eisenbahnen.** Nach einer neuen Statistik für das Jahr 1902 wurde im genannten Zeitraum innerhalb des Betriebs der gesamten Eisenbahnen der Vereinigten Staaten jeder 135. Beamte getötet, und jeder 12. verletzt. Die Eisenbahnabeamten und -Arbeiter, speziell die letzteren, haben die gefährlichste Beschäftigung irgend eines Berufs der Welt, Soldaten nicht ausgenommen.

## Grieskosten der Redaktion.

**W. u. M.** Wie Sie sehen, ist der erste Teil verwandt worden. Die übrige Schilderung muß aber klar erkennen lassen, worum es sich handelt: mysteriöse Andeutungen schaden nur; lieber heraus mit dem vollen Tatbestand. bitten auch um Einsendung des ärztlichen Beleges.

## Ankunft in Rechtsfragen.

**W. u. M.** Gohlis, Modernische Strafe. Die Klage ist beim Untergericht anzubringen; wir haben aber wenig Hoffnung, daß Sie ihr Ziel erreichen.

## 144. Sachsische Landeslotterie.

**ziehung vom 7. September.**

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 240 Mark bezogen.

(Oben zuwerfen.) (Madratz verbieten.)

50000 auf Nr. 47920 bei Herrn Alfred Klose in Dresden.

20000 auf Nr. 11108 bei Herrn Robert Lederer in Leipzig.

10000 auf Nr. 28888 bei Herrn C. G. Richter in Meißenbobritzsch.

3000 auf Nr. 1028 bei Herrn S. Jarmulowsky & Co., Altdorf.

3000 auf Nr. 21590 bei Herrn Carl Voll in Leipzig.

3000 auf Nr. 28591 bei Herrn Georg Mörschke in Dresden und Albert Kraul in Leipzig.

3000 auf Nr. 50198 bei Herrn G. H. Reinhardt in Bautzen.

3000 auf Nr. 65017 bei Herrn J. F. Glens & Co. in Bittau.

3000 auf Nr. 88017 bei Herrn George Meyer in Leipzig.

3000 auf Nr. 87899 bei Herrn Louis Wöhle in Leipzig.

3000 auf Nr. 95497 bei Herrn Gust. Gerstenberger in Chemnitz.

900 900 252 627 661 276 598 715 227 304 228 185 808 722

16 928 750 1714 375 391 495 8 173 788 40 481 382 414 997

108 (800) 841 252 566 877 25 (800) 488 28 (800) 278 (500)

758 2255 087 (800) 280 500 (500) 28 860 874 594 678 282

178 570 546 55 400 426 3200 485 93 6 178 785 66 505 876

485 804 819 995 605 520 468 (800) 77 911 855 (800) 4048 (800)

488 874 117 74 288 476 481 287 770 (500) 855 904 350 518 145

566 402 378 (800) 495 (1000)

5079 669 800 394 648 255 542 (800) 776 820 (800) 34 (500)

871 365 63 (1000) 998 049 196 6576 (800) 468 846 (1000) 726

899 (300) 946 508 374 108 (1000) 328 602 (800) 145 709 808

001 248 850 944 7623 (1000) 278 389 902 (800) 94 458 488

770 117 175 788 209 86 8474 (500) 674 880 287 765 67 946

929 796 121 300 885 698 272 242 518 456 (1000) 429 180 141

817 9168 264 (500) 218 (1000) 892 658 565 407 968 846 780

888 884 382 428 262 754 889 274 708

10028 895 590 585 494 597 (500) 299 618 745 315 621 581

638 11745 589 161 295 484 180 692 81 (800) 378 376 50 (300)

557 288 958 108 (2000) 141 12276 281 560 254 052 76 211

857 403 751 388 224 702 598 448 788 447 18496 (800) 77 541

922 742 (500) 987 41 884 76 49 837 (500) 610 60 427 220 (500)

710 129 849 58 998 (300) 244 (800) 14464 898 (800) 98 (800)

688 616 54 747 452 114 352 179 122 177 498 988 988 752

523 897 817 828

15104 666 49 622 (800) 620 511 852 500 406 900 (500) 62

748 (800) 569 (1000) 517 602 225 782 274 816 980 16015 470

257 978 457 251 795 (800) 893 171 980 258 581 521 60 918 12

342 (2000) 467 669 207 718 904 17012 280 17 505 888 483

888 007 096 269 (800) 418 868 565 980 551 414 718 708 18642

350 279 119 457 286 (800) 284 (1000) 287 (800) 895 995 (300)

948 69 941 980 571 388 (500) 288 904 297 879 (500) 170 978

599 658 19241 768 680 689 202 287 14 578 248 188 198 (800)

185 808 817 587 628 790 719 78 159 269 717

20051 950 818 48 785 482 621 424 868 984 905 (800) 109

16 210 369 470 888 488 721 968 220 21666

# 2. Beilage zu Nr. 206 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 7. September 1903.

## Aus der Partei.

Zum Parteitag. Die eben erschienene Nummer der Neuen Zeit ist fast ganz dem Parteitag gewidmet. Bebel und Kautsky behandeln auf zusammen etwa dreißig Seiten die Aufgaben, die in Dresden zu lösen seien werden. Beider fehlt es uns an Raum, die beiden Aussäße auch nur im Auszuge mitzuteilen. Indem wir unsere Leser auf daß Heft der Neuen Zeit selbst verweisen, daß ihnen sowohl im den Ausführungen Bebels wie Kautskys reiche Anregung dienen wird, geben wir hier nur den Schlusshah der Bebelschen Darlegungen wieder, der von den Hoffnungen und Befürchtungen handelt, die von dem einen oder dem Anderen an den Tod der Alten geknüpft werden. Darüber schreibt Bebel:

Was die Hoffnungen oder Befürchtungen auf den Tod der Alten betrifft, so werden weder die Hoffnungen der einen noch die Befürchtungen der andern in Erfüllung gehen. Sind Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht und andre gestorben, von denen man glaubte, daß ihr Tod der Partei großen Schaden verursache, so wissen wir, daß die Partei trotzdem zu unserer vollen Zufriedenheit sich entwidete. Es wird ihr also auch nichts schaden, wenn einmal die andern Alten der Natur ihren Tribut zollen, denen die Jungen folgen, von denen der eine und der andre noch diesem und jenem Alter vorangehen dürfte.

Entscheidend ist, daß die Masse der Partei genossen die Augen aufhält, daß sie nie vergibt, daß wieviel Personen immer aus bürgerlichen Kreisen der Partei sich anschließen, die Partei eine proletarische Klassenpartei ist. Das Wachstum der Partei läßt abwechseln auf gewisse dem Proletariat fernstehende Kreise eine große Anziehungskraft aus und in je höherem Maße, je größer die Partei wird. Diese Elemente glauben in der Sozialdemokratie zu finden, was ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht erhältlich ist. Ich begrüße mit Genugtuung jeden, der aus einer dem Proletariat fernstehenden Klasse zu uns kommt, vorausgesetzt, daß er sich in Charakter und Wesen der Partei zu finden weiß, ihre Grundsätze und Ziele billigt und ehrlich mit uns gemeinsam kämpfen will. Über viele von diesen Elementen kommen noch stark belastet mit den Eierschalen bürgerliche Vorurteile und Unschönheiten in die Partei. Selbst diejenigen unter ihnen, welche den Klassenkampfstandpunkt der Partei theoretisch apriert haben, fallen häufig in der Praxis in bürgerliche Auffassungsweisen und Kampfmethoden zurück. Und so kommt es schließlich dazu, daß diese Elemente zu einer Partei in der Partei werden. Gleich und gleich gesellt sich gerzt. Demgegenüber muß immer und immer wieder mit aller Schärfe betont werden, daß die Sozialdemokratie eine Partei des proletarischen Klassenkampfs mit entsprechenden Zielen ist.

Die Partei ist nicht nur gewaltig gewachsen, sie hat auch an geistiger Kraft und Intelligenz, an Einsicht und Erkenntnis in das Wesen von Staat und Gesellschaft, insbesondere in ihren proletarischen Schichten zugewonnen, und diese Klassenbewohnten Massen werden keine Führer dulden, die sich ihnen nicht mit Leib und Seele ergeben. Daraus beruht unsre Hoffnung. Die Führer haben das Vorrecht, an der Spitze der Partei zu marschieren und alle Hiebe unsrer Gegner, die der Partei aufgedacht sind, in erster Linie zu variieren; sie haben der Völkerstreiter des Willens und das Werkzeug für die Verstärkung der Aspirationen und der Hoffnungen des Proletariats zu sein. Müßten aber die Führer oder einzelne derselben anfangen zu glauben, die Masse als Biedestal bewegen zu können, um ihrem Charakter oder ihrer Stelle zu frönen, und daß die Masse der Parteigenossen es sich als eine Ehre anrechnen müßte, daß sie sich herbeiliehen, der Partei beizutreten, um eine Ehrenstelle zu übernehmen, so wären sie nicht die rechten Männer und man müßte ihnen den Weg zeigen. Mehr als je zuvor hat der 10. Juni, der die Ernte eines großartig geführten Klassenkampfes war, gezeigt, daß wir mit den glänzendsten Aussichten in die Zukunft gehen. Über zu unserm Ziel können wir nur kommen, wenn wir von der bisherigen Richtlinie unsres Handelns uns unter seinen Umständen abdrängen lassen.

Das Resultat des leichten Wahlkampfs ist ein solches, daß zum Wahlen aufgerufen wird. Im Gegenteil. Und so wird, nachdem wieder einmal die Erörterung dieser Vizepräsidentenfrage, die sehr wider meinen Willen in der ungeschehenen Form aufgerollt wurde, die Gegenseite in der Partei zu schärem Aufruhr brachte, der Parteitag „das Parteidikt“, durch eine klipp und klar Abstimmung unter den Freunden zeigen, daß die Hoffnungen, die sie auch an diese Erörterungen wieder knüpften, gründlich ins Wasser gefallen sind. Durch diese Abstimmung muß aber auch ausgesprochen werden, daß die Partei diejenigen entschieden zurückweist, die immer wieder, weil sie den prinzipiellen Boden mehr und mehr unter den Füßen zu versetzen drohen, sich zu gewagten Experimenten oder der Partei unvördigen Schritten herbeilassen.

Eine Anzahl Genossen wünscht, der Parteitag überlege die Entscheidung über die Vizepräsidentenangelegenheit der Fraktion. Davon kann und darf nach dem Gange, den diese Erörterung durch Freunde und Feinde seit vielen Wochen in der Öffentlichkeit genommen hat, keine Rede sein. Ich weiß, auch in der Fraktion unterliegen die Revisionisten. Aber nunmehr ist nur noch der Parteitag der Ort, an dem die Frage von der Partei und der Öffentlichkeit entschieden werden muß. Die Partei verlangt eine klare Entscheidung; sie will nicht, daß diese Entscheidung auf Monate hinaus verschoben wird, um in den vier Wänden eines Fraktionszimmers erledigt zu werden.

Der Genosse Hermann Stuttgart hat am leichten Orte gehärrt: Der Parteitag sei zur Entscheidung über diese Frage nicht kompetent, sondern nur die Fraktion. Selbst seine Logik wäre Hermann bei den leichten Reichstagswahlen Sieger geblieben, so hätte er sich für kompetent, über die Frage zu entscheiden, nachdem er das Recht gehabt hat zu unterliegen, bestreit er sich für inkompetent. Man muß also erst zum Abgeordneten gewählt worden sein, um die nötige Erleuchtung zu besitzen. Ich meine, daß, wer nach allem, was bisher über diese Frage gesprochen und geschrieben wurde, sich noch nicht für kompetent erachtet, darüber zu urteilen, ehrlichen handele, seinen Wahlern zu erläutern: er betrachte sich als einen der Armen am Geiste und halte sich deshalb für unfähig, ein Mandat für den Parteitag zu übernehmen.

Also: Farbe bekannt! Kein Vertuschen, kein Ausweichen mehr!

Die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg trat gestern im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Nach einem Referat des Genossen Stadthagen über die leichten Reichstagswahlen fand eine Resolution des Referenten mit großer Majorität Annahme, wonit es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, die der

Sozialdemokratie noch fernstehenden Kreise über die Notwendigkeit des Klassenkampfes aufzuhören, Wahlvereine zu gründen, die sozialistische Presse zu verbreiten usw. Zu den gegenwärtigen Streitfragen innerhalb der Partei stellte sich die Parteikonferenz auf den Standpunkt, daß die Genossen, die an bürgerlichen in ihren Gesamtstrebungen der Sozialdemokratie feindlichen Blättern mitarbeiten, zu Vertrauensposten nicht zu berufen sind. Ferner protestierte die Parteikonferenz dagegen, daß den Genossen Bebel die Spalten des Centralorgans verschlossen worden sind.

Über die preußischen Landtagswahlen referierte Genosse Krons. Die Parteikonferenz beschloß, seinen Ausführungen entsprechend, energisch in die Wahltagung einzutreten, überall eigene Wahlkünste aufzustellen und vor den Urwählern sich auf keine Abschmähung mit den Liberalen einzulassen.

Auf dem Landesparteitag für das Großherzogtum Hessen, der gestern in Steinbach, einer hessischen Enklave im Taunus, stattfand, sprach sich die Mehrheit im Gegensatz zu Gramer-Darmstadt gegen die Hofsänger aus. Im weiteren wurde beschlossen, bis in Gleichen erscheinende Mitteldeutsche Sonntagszeitung zu einem Landesorgan mit dem Druckort Offenbach umzugestalten. Ferner erwartet der Parteitag, daß die Fraktion, Beug nehmend auf die unter so grausigen Umständen erfolgte Hinrichtung des Mörders Detroit in Mainz, im Reichstag als Initialantrag die Abschaffung der Todesstrafe einbringt. Schließlich protestierten unsre hessischen Genossen gegen die Verhaftung der Redakteure der Leipziger Volkszeitung und sandten den Inhaftierten Grüße brüderlicher Solidarität.

An der unter so grausigen Umständen erfolgten Hinrichtung des Mörders Detroit tragen wir nach, daß das Volk nicht durchgefassen, sondern im Halse stecken geblieben war. Der Kopf hing noch fest am Körper und zitterte noch. Zwischen Beul und Richtstange hatte sich auch ein Zipfel des Rockes gesammelt. Man sah deutlich, wie weit das Beul durch den Hals gegangen war und wie weit der Hals noch am Körper hing. Der Schärf Richter selbst war verblüfft und erschrocken. Seine Gehilfen standen im ersten Augenblick ratlos. Dann forderte die Gendarmerie zum Verlassen der Richtstätte auf, so daß der Rest der traurigen Handlung ohne Publikum vorgenommen werden konnte.

## Die Massenaussperrung in Crimmitschau.

In fünf starkbesuchten Versammlungen beschäftigte sich am Freitag die ausgeprägte Textilarbeiterchaft mit den Verleumdungen des Crimmitshauer Anzeigers. In allen Versammlungen wurde das Verhalten des Anzeigers einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die Empörung über die einseitige Stellungnahme des Amtsblatts war allgemein. Der Zweck der heiterischen Artikel, die auf eine Spaltung der Arbeiter hinauslaufen, ist nicht erreicht worden. Einmütig steht die Arbeiterschaft zueinander. Das Vertrauen der Ausgepererten zu den Führern ist unerschüttert. Die Unternehmer wollen mit dem Geschrei des Anzeigers die Arbeiter heben gegen die Streikleitung. Sie wollten die Arbeiter spalten und erreicht hat man, daß die Ausgepererten nur umso fester zusammenstehen. Das Verlesen der verschiedenen Presshaushaltungen, wonach der Ausstand seinem Ende zuneige, wurde allgemein mit großer Heiterkeit entgegengenommen. Von Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung der Unterstützung oder von ungenügender Unterstützung kann keine Rede sein. Ebenso wenig von einer Erhöhung der Streikfesse. Die Aussperrung ist ja kaum 14 Tage alt. Daß derartige Meinungen in der auswärtigen Presse auftauchen könnten, verdankt die Arbeiterschaft dem Crimmitshauer Anzeiger.

Die Versammlungen beschäftigten sich weiter mit der Einleitung von Versammlungen. Nachdem die Fabrikanten beschlossen haben, so lange von Unterhandlungen abzusehen, als die Anregung hierzu nicht von den Arbeitern selbst kommt, hat die Arbeiterschaft geglaubt, die Anregung hierzu geben zu müssen. Es soll so vor der ganzen Welt dokumentiert werden, daß nicht die Arbeiter es sind, an deren Starrsinn die Herbeiführung des Friedens scheitert. Die allgemeinen Sympathien werden in umso höherem Maße der Arbeiterschaft zu gute kommen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlungen bedauern es im Interesse der ganzen Einwohnerschaft lebhaft, daß die Bemühungen des Bürgermeisters, mit dem Fabrikantenverein eine Unterhandlung anzubauen, an dem Startpunkt des leichten Widerstandes gescheitert sind. Die Versammlungen halten es nun aber umso mehr für ihre Pflicht, sich unter voller Aufrechterhaltung ihrer Forderungen für unabdingbare Fortsetzung des Ausstands zu erklären. Um aber zu zeigen, daß sie zu jeder Zeit bereit sind, mit den Unternehmern in Unterhandlungen einzutreten, wird der Vorstand des Textilarbeiterverbands beauftragt, die Einleitung neuer Verhandlungen zu versuchen. Weiter weisen die Versammlungen mit Entschluß die Verunglimpfungen der Führer der Bewegung durch den Crimmitshauer Anzeiger zurück. Die Versammlungen erklären auch, daß sie mit der bisherigen Tätigkeit der Lohnkommission vollständig einverstanden sind und sprechen denselben ihr volles Vertrauen aus. Sie erklären sich ebenfalls mit den bisher an Streikunterstützung gezahlten Säben nach Lage der Dinge vollkommen zufrieden.

Die Werdauer Textilindustriellen wollen keine Streikarbeit für Crimmitshau machen. Zwischen den Vertretern der Unternehmervereinigung Werdau und dem Deutschen Textilarbeiterverband wurde folgendes vereinbart:

Industrieverein Werdau i. S. den 3. August 1903:

Zwischen dem Vorstand des Industrievereins der Arbeitgeber in Werdau, als dessen Vorstand Alfred Pohle, und dem Verband der Textilarbeiter, dessen Vorstand Dr. Höhne, sowie den Vertretern der Ortsgruppe Emil Geidel und Oswald Schröder wird vereinbart, festgestellt, daß in den Werdauer Textilarbeiterbetrieben Arbeit für Crimmitshauer Fabrikanten zur Zeit der Dauer des Streiks in Crimmitshau nicht angefertigt wird.

Als Beweis, daß Vorstehendes nicht geschieht, wird von beiden Parteien ein Notar bestellt, welcher die Geschäftsbücher der in Frage kommenden Fabrikanten kontrolliert. Mit der Auskunft, welche von beiden Notaren gegeben wird, sind dann die Arbeiter zufrieden.

gez. Karl Hilbig, Vors. d. Textilarbeiterverbands.  
Alfred Pohle, s. B. Vors. d. Industrievereins Werdau.

Oskar Schröder, Emil Geidel.

Dieses Vereinbarung der Werdauer Unternehmer, welche bereitwillig Vereinbarungen mit dem Arbeiterverband abschließen, steht sehr ab von dem scharfmacherisch prozenthaften Standpunkt der Crimmitshauer Fabrikanten.

Seit gestern früh entwickelt die Polizei eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Die Arrestierungen der Streikposten

stehenden Arbeiter nimmt kein Ende. Frauen und Mütter werden stundenlang auf der Wache festgehalten. Auch das Amtsgericht hat gestern sofortige Urteile gefällt. Und daß alles, obgleich alles in der denkbaren größten Ruhe vor sich geht. Die Empörung innerhalb der Arbeiterschaft ist allgemein. Jetzt wird nun Herr v. Meysch zu entscheiden haben, ob in Sachsen der Arbeiter noch das Recht hat, Streikposten zu stehen.

Der Terrorismus der Crimmitshauer Fabrikanten wird durch deren Vorgehen gegen die Crimmitshauer Trikotagenfabrik, die ihre Arbeiter nicht ausgesperrt hat, hell beleuchtet. Nach der Gewerbeordnung steht den Teilnehmern an einer Verabredung der Rücktritt davon jederzeit frei. Der Spinner- und Fabrikantenverein sucht aber mit allen Mitteln die Trikotagenfabrik zu zwingen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Trikotagenfabrik hat nun an die Mitglieder des Spinner- und Fabrikantenvereins den zwischen ihr und dem Vorstand des Vereins gepflanzten Schriftwechsel in einem unangänglichen Druckstück unterbreitet — der Abdruck dieses Schriftstücks, der für alle Seiten ein klassisches Dokument des Unternehmerterrorismus sein wird, nimmt im Sachsischen Volksblatt zwei ganze Seiten ein —, in dem es am Schluß heißt:

Wir werden diese Ausführungen vorläufig den beteiligten Mitgliedern des Spinner- und Fabrikantenvereins zugehen lassen, um ihnen Gelegenheit zu geben, für ihren Teil dazu beizutragen, daß uns angefügte Unrecht durch Zurücknahme der getroffenen Entscheidung wieder gut zu machen. Sollte man aber nicht geneigt sein, dem fühlenden Verstand und objektiver Erwägung der einschlägigen Verhältnisse den Vorzug zu lassen, sondern nur der augenblicklichen vorherrschenden, gewiß entstehenden, gewalttätigen Erregung und Verstimming statgebend, nun dann werden auch wir nicht zurücktreten, den an uns geübten Gewaltakt der öffentlichen Meinung zur Bezeichnung zu übergeben und unsre Rechte durch Ergreifung geeigneter Schritte zu wahren wissen.

Nun, das letztere ist bereits durch die Veröffentlichung im Sachsischen Volksblatt gegeben, die Crimmitshauer Textilarone sind damit in der Öffentlichkeit gerichtet.

## Vierter Verbandstag deutscher Mietervereine.

k. Dresden, 5. September 1903.

Der diesjährige Mietertag weist eine stärkere Beteiligung auf als seine Vorgänger. Vertreten sind 28 Städte, darunter Leipzig, Chemnitz, Plauen, Meißen, Wilsau etc. Als Gast wohnt den Verhandlungen ferner der Vorsitzende des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, Baumeister Hartwig-Dresden (?) bei.

Nachdem Rechtsanwalt Türl-Dresden zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt worden war, begrüßt Bürgermeister Heschel-Dresden die Delegierten. Nach seinen Ansprüchen zerfallen die Bewohner einer Stadt in der Hauptstadt doch in die zwei Gruppen der Haussitzer und Mieter. Die Gegensätze zwischen diesen beiden Parteien verschärfen sich überall da, wo große Volksmassen zusammenwohnen, als in den Großstädten. Es sei zu begrüßen, wenn jede der Interessengruppe eine Organisation gebildet habe, um ihre Wünsche zu verfolgen.

Der erste Verhandlungsgegenstand ist die Errichtung von Mietschiedgerichten. Referent Rechtsanwalt Müller von Berlin-Dresden spricht sich gegen die Schaffung solcher Gerichte aus. Ungünstig wirkt der Charakter der Freiwilligkeit der Gerichte. Niemand kann zur Benutzung der Schiedsgerichte gezwungen werden und das Urteil ist nicht bindend. In Dresden habe der Mieterverein unter Protektion des Stadtrates ein beratiges Gericht ins Leben gerufen, doch werde es nicht benutzt. Notar Röhl-Koburg spricht sich über das in seinem Wohnort errichtete Schiedsgericht günstig aus; allerdings sei dieses Gericht mehr als ein Einigungsamt aufzufassen. Die weitere Debatte bewegt sich abwechselnd in pro und contra; nebenher wurde auch auf die billige und rasche Erledigung der Streitfälle vor dem Amtsgericht hingewiesen. Bei der Abstimmung über die verschiedenen Vorschläge sprach sich der Verbandstag mit 27 gegen 8 Stimmen im Sinne des Referenten gegen die Errichtung von Mietschiedgerichten aus, empfahl jedoch die Errichtung von Einigungsämtern nach dem Muster des Coburger Amtes bis zu dem Zeitpunkte der anzustrebenden Festlegung gesetzlicher Institutionen zur Regelung der Mietsstreitigkeiten.

Die Einführung der Wohnungsinspktion und die Förderung der Wohnungspflege ist der nächste Punkt der Tagesordnung. Referent Rechtsanwalt Dr. Scheven-Dresden weist darauf hin, daß die Zusammenführung großer Menschenmassen in den Großstädten und Industriezentren immer mehr beanspruchend umfang annimmt. Die Wohnungsausbeaufsichtigung habe die große und wichtige Aufgabe, durch fortlaufende Schilderung der Wohnungsverhältnisse ein Bild der Wohnungspflege zu geben und auf Grund der Ergebnisse Verbesserungen vorschlagen. Leider sei es erst ein trauriges Ereignis wie die Cholera im Hamburg gewesen, die viele Stadtverwaltungen an ihre Pflichten erinnert habe. Redner bespricht die bisher getroffenen gesetzlichen Maßnahmen z. B. in Württemberg, weiter das bayrische Wohnungsgesetz und schließlich das sächsische Allgemeine Baugesetz. Als Auslöser des Letzteren werde in Chemnitz die Einführung einer Wohnungsinspktion unter Kreishauptmannschaftlicher Kontrolle angestrebt. In den maßgebenden Regierungskreisen sei die Überzeugung durchgedrungen, daß die Wohnungsaufsicht ein wichtiger Teil der Wohlfahrtspflege sei. Die seither geschaffenen Wohnungsinspktionen erstrecken sich in der Hauptstadt auf diejenigen Wohnungen, in denen Altermiete, Schlagänger etc. untergebracht sind. In Württemberg und Hessen sind außer diesen Wohnungen auch die Wohnungen von Deuten in wechselnden Verhältnissen, wie Dienstboten, Kellner etc. unter Aufsicht gestellt. Als Mindestmaß seien für einen Erwachsenen 10 Kubikmeter, für ein Kind 5 Kubikmeter Raum zu verlangen. Der oberste Leitsatz jeder Wohnungsinspktion müsse der sein, nicht den Polizeiamt, sondern den Behörden herzurufen. Beklagerungen über das Lästen, Heizen, Reinigen etc. seien ebenso richtig wie die Nahrungsmittelkontrolle etc. Nachlässigkeit oder gar Wösswilligkeit sei allerdings mit aller Schärfe des Gesetzes zu bestrafen. Eine wichtige Frage sei, ob die Mietinspektoren Ehrenbeamte oder Berufspersonen sein sollen. Jedenfalls sollen zur Ausübung der Inspektion nicht nur gutgeschulte Männer, sondern auch derartige Frauen genommen werden, denen eine gewisse Vertrauensstellung eingeräumt sei.

Er erscheine ratsam, die Aufsichtsbeamten aus den Reihen der Vertrauensmänner oder Krankenkontrollen der Ortskrankhaften zu nehmen, denn letztere hätten ein großes Interesse an guten Wohnungen. Denn der Einfluß der Art der Wohnung auf die Gesundheit sei durch viele Statistiken bewiesen worden.

Ob bei der Vielseitigkeit der Verhältnisse einem Reichstagswohnungsgebot das Wort zu reden sei, sei fraglich; er persönlich sei für entsprechende Ausgestaltung der gemeindlichen Wohnungsfürsorge. Die Mietervereine sollten für Aussichtnahme durch Vorstände zu wirken. Die Wirkung einer guten Inspektion würde auch für die Haushalter segensreich sein, denn die Übersetzung der Wohnungen oder die Erhaltung alter und schlechter Wohnungen liege nicht im Interesse der Haushalter. Redner stellt schließlich folgenden Antrag: "Der Verbandsstag beauftragt den Vorstand des Verbandes, dem nächsten Reichstag eine Petition einzureichen, die eine reichsgesetzliche Einführung der Wohnungsinspktion erfordert, jedoch in dem Sinne, daß die Einzelstaaten veranlaßt werden, Bestimmungen über die Ausübung der Inspektion in den Kommunen zu treffen."

Nachdem noch *Die Facke Chemnitz* auf die Verfügung des sächsischen Ministeriums, nach welcher Städte mit über 20 000 Einwohnern die Inspektion einzuführen haben, hingewiesen hat, wird der Antrag Scheben einstimmig angenommen.

Hinsichtlich der schon auf dem letzten Verbandsstage anstrebbten Einführung einheitlicher Mietverträge liegt ein Antrag Welefeld vor, der eine Kommission eingesetzt wissen will zur Ausarbeitung derartiger einheitlicher Verträge und kostengünstiger Verteilung an die Vereine. Der neuwählende Vorstand soll, so wird beschlossen, den Antrag ausführen.

*Hänecke-Sieglitz* bespricht hierauf den preußischen Wohnungsentwurf, den er für engherzig hält. Man wählt eine Kommission, die weiter dazu Stellung nehmen soll.

Die Reform der Stadtordnung beschreibt Lehner *Ved.* Dresden. Seine Ausführungen gipfeln in dem Antrag, der Verbandsstag möge erklären, daß die Befestigung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche den Haushaltern in den Gemeindevertretungen von vornherein eine bestimmte Anzahl der zu wählenden Vertretung der Bürger zugesichert (mindestens die Hälfte), eine Forderung der Gerechtigkeit sei. Er erblidt in diesen Bestimmungen eine Bevorzugung der Haushalter, für welche die Gründe nicht mehr gelingt gemacht werden können, welche in früheren Zeiten dafür sprechen konnten. Die Bevorrachtigung führt lediglich zu einer Interessenvertretung, welche angenehm ist, die Gemeinden in der Lösung der ihr gestellten sozialen Reform, insbesondere auf dem Gebiete der Wohnungsfrage zu beeinträchtigen. Die Debatte berührt auch mißfällig das Dreistufenwohlfahrtsystem. Herr *Söphel*-Leipzig führt aus, der sächsische Landesverband der Mietervereine werde an alle Kandidaten für die Landtagswahl die Frage richten, wie sie sich zur Aenderung des Landtagswahlrechts zu stellen. Das sei ein Mittel, die vielfach noch indifferenten Mieterkreise aufzurütteln. Der Antrag Ved wird einstimmig angenommen.

Der letzte Punkt der heutigen Sitzung ist die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder der Mietervereine. Man empfahl Wirtschafts- und Mitgliedsverträge, gemeinsamen Bezug von Kohlen, Verträge mit Transportgesellschaften wegen billigen Umladestellen, Gründung von Baubereinen zur Erlangung eigener Wohnungen etc. Der Verbandsvorstand soll die Anregungen weiter verbreiten. Hierauf sind eine geschlossene Sitzung statt.

k. Dresden, 6. September 1903.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst einen Vortrag des Herrn Dr. v. Mangold über die städtische Bodenfrage. Redner weist einleitend auf die Steigerung der Preise für Bauland und der Baustellen in der Mitte der Stadt hin. Eine Untersuchung in Halle a. S. habe ergeben, daß dort 170 Häuser im Jahre 1895 einen Wert besaßen, der nun acht bis neunmal höher war als im Jahre 1889, obgleich an den Häusern baulich nichts verändert wurde. Einen Beweis für die Steigerung des Bodenwertes gebe auch der Preis des Reichslandgerichts in Berlin. In Charlottenburg sei der Gesamtwert aller Grundstücke im Jahre 1902 um 84 Millionen Mark gestiegen. Nach seinen Erfahrungen würden die Baustellen in den Vorstädten in Zukunft nur unwe sentlich steigen. Als Ursache der Wertsteigerung werde im allgemeinen die Zunahme der Bevölkerung, der sich mehr verbreitende Wohlstand etc. hingestellt. Das alles sei jedoch vorbedingt, nicht aber Ursache. Wirkliche Ursache sei die monopolähnliche Stellung der Bodenbesitzer und weiter der Privatbesitzer an Grund und Boden überhaupt. Die ganze Umwandlung von Grund und Boden in Bauland sei zwar von den Städten und Gemeindeverwaltungen als eine öffentliche Angelegenheit übernommen worden, in Wirklichkeit sei es aber ein privatkapitalistisches Geschäft geblieben. Nun kommt hinzu, daß sich die Gemeindeverwaltungen zum größten Teil aus Interessen zusammenseien. Das ganze System des Bodenwuchers sei reif, es endlich abzuheben. Die Folgen des seitherigen Zustandes wirken intensiv verderblich auf die große Masse des Volkes. Zunächst entquillt daraus das abscheuliche Wesen des Mieterverwesens. Werden gerade in diesem Punkte Einschränkungen vorgeschlagen, so schimpfen die Grundstücksbesitzer, daß das Vaterland in Gefahr läge. Mit den Wohnungsbüroständen beschränkt sich aber noch nicht der Bodenwucher, auch der Bauschwindel sei eine Folge desselben. Nicht zu überschauen seien auch die kulturellen und moralischen Folgen des Bodenwuchers. Aus dem Sumpfe wachse unser Parvenutum zu einem guten Teil. Die gierigen Hände suchen auch unsere Zukunft zu verschaffen. Als Mittel zur Befestigung der Lebendstände empfiehlt er zunächst Aufklärung mit der Fakel der Statistik. Diefels habe sich auch auf die Preisbewegungen zu erfreuen. Das nächste sei eine Vermehrung der Baustellen, die durch Vermehrung der Strafen etc. zu erreichen sei. Hierdurch werde Konkurrenz geschaffen. Eine wichtige Sache sei auch die Einführung der Bahnsteuer. Sähe von 8% Prozent wären gar nicht zu hoch. Als höherliegende Maßnahmen empfiehlt er „den Anschluß an das Land“. Er könne sich nicht denken, daß die jetzt in den großen Städten aufwachsenden Generationen gefund an Körper und Geist werden. Zu einer Dezentralisation sei auch ohne Schwierigkeiten zu kommen. Er könne eine solche Politik als Stadtverjüngung bezeichnen. Unser Ziel müsse sein ein freies Volk auf freiem Boden.

In der sich anschließenden lebhaften Debatte wendet sich der bekannte Statistiker Engels von Berlin gegen die Besteuerung des Bodens nach dem gemeinen Wert und empfiehlt Besteuerung nach dem Nutzungs Wert.

Nach Berhandlung einiger unwesentlicher Dinge teilt der Vorsitzende noch mit, daß nach Beschlüssen der geschlossenen Sitzung die nächstjährige Versammlung in Coburg stattfindet und daß als Vorort Leipzig gewählt worden ist. Vorsitzender des Verbandes ist Lehrer Mohseler-Leipzig geworden. Unter den üblichen Schlussreden erreichte am späten Nachmittag die Versammlung ihr Ende.

## Vereine und Versammlungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen hilft am 8. September eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Frenzel über die Aufgaben des Parteitages referierte. Zunächst ging der Redner auf die Entwicklung unserer Partei ein, die immer größer und größer wird; mithin dürften auch die Frauen nicht auf dem Parteitag fehlen. So wie die Kriegsartillerie den Soldaten immer und immer wieder eingeschärft werden, so müßten auch wir uns unser Programm in unserem Gedächtnis immer wieder auffrischen, und es müßte unser Stolz sein, wenn wir eine aufgelaufte Parteigenossin als Delegierte hätten. Da die Maifeier auf dem Parteitag mit angeschnitten wird, sprach sich der Genosse Frenzel für die Beibehaltung des 1. Mai aus; die Feier müsse obligatorisch eingehalten werden.

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen einige Genossinnen im Sinne des Referenten und einige Genossinnen sprachen sich für die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai aus. Zum Schluß wurde die Genossin Schmidt als Delegierte zum Parteitag gewählt. Hierauf schloß die Vorsitzende die leider schwach besuchte Versammlung.

## Permisches.

Über das letzte Fischsterben im Nedar erhält die Allgemeine Fischereizeitung noch einige besondere Mitteilungen, die es dringend erforderlich erscheinen lassen, daß die Nedarfische endlich einen wirklichen Schuh erhalten. Erst im vorigen Jahr wurden viele Tausende von Fischen im Nedar dadurch getötet, daß der Inhalt eines Teerfasses in den Flug ausließ, und auch diesmal wird eine ähnliche Ursache vermutet, und zwar muß die Verunreinigung fast von derselben Stelle ausgegangen sein; allerdings könnte auch das Hochwasser etwaige Reste der vorjährigen Teermassen in einem kleinen Ausfluß des Nedar, dem Feuerbach, wieder aufgerichtet haben. Sicher aber ist, daß noch immer manche Fabriken ihre Abwasser regelmäßig in ungeregnetem Zustand abfließen lassen, obwohl sie dazu nicht berechtigt sind. Dieser Lebhaftstand geht trop häufiger Petitionen so weit, daß durch die gütigen Schwefelwasserstoffausdünstungen in den am Bach liegenden Wohnhäusern nicht nur viele Metallgegenstände sich schwarz färben, sondern auch die Bewohner von Kopf- und Halsbeschwerden befallen werden. Der Schade geht auch noch weiter, indem das Wasserflügel im Feuerbach krepiert und das Mehl in den benachbarten Mühlen einen widerlichen Geruch annimmt. Da gewisse Schädigungen durch Verunreinigung von Flußwässern aber selbst bei Abstellung dieser offensuren Mißstände nicht zu vermeiden wären, so ist das Verhalten der verschiedenen Fischarten gegenüber solchen Auffällen beachtenswert. Nach den bisherigen Ermittlungen bezüglich des letzten Fischsterbens haben sich Karpfen, Schleien und Aale am besten gehalten, und die Fischereiinteressenten am Nedar werden somit die Lehre aus den bisherigen Verlusten ziehen, hauptsächlich Fische dieser Arten in den Nedar einzufangen. Gerade die bisher wichtigsten Nedarfische, die Barsche, Rotaugen, Raufen, Barben und auch die neuerdings eingesehene Regenbogenforelle haben gegen die Wasserverunreinigung eine gleich starke Empfindlichkeit bewiesen. Mit Bezug auf die letztgenannte wertvolle Fischart ist dieser Umstand besonders zu bedauern, da das Wachstum der Regenbogenforellen im übrigen die Versuche als lohnend hat erscheinen lassen.

*Unser Kartoffelverbrauch*. Deutschland ist dasjenige Land der Erde, in dem die meisten Kartoffeln verbraucht werden; diese Tatsache ist bekannt genug, aber wie groß der Abstand zwischen Deutschland und den andern Ländern in dieser Beziehung ist, dürfte sich nicht jeder richtig vorstellen. In Deutschland kommen auf je 10000 Einwohner 64 Hektar Land, die mit Kartoffeln bebaut sind, und diese Zahl ist fast das Fünffache von dem, was in den Vereinigten Staaten von Amerika, also in dem Hauptland des Erbteils, aus dem die Kartoffel stammt, angepflanzt wird. In den Vereinigten Staaten nämlich kommen auf je 10000 Einwohner nur 18 und in Großbritannien und Irland nur 12 Hektar Kartoffelland.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend, den 5. September 1903.

(Mitgeteilt von Gebr. Götz.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer, alter ruhig	158—162 bez. Brf.
	bo. neuer	154—158 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto	ausländischer	174—184 bez. Brf.
	inländischer	180—185 bez. Brf.
	preuß. Sanbroggen	188—187 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	Boerner	188—140 bez. Brf.
	ausländischer	148—145 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Brauergste, bleisige Mahl- u. Futterware	152—165 bez. Brf.
Hafser per 1000 kg netto	inländischer, alter ruhig	142—149 bez. Brf.
	bo. neuer	181—188 bez. Brf.
	ausländischer	184—144 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer runder	127—132 bez. Brf.
Dinkel per 1000 kg netto	Cinquantin	125—181 bez. Brf.
Rapskuchen p. 100kg netto	Naps	148—150 bez. Brf.
Kümmel, rohes p. 100kg netto	flüssiges	10—10.50 bez. Brf.
frixi Haus hier ohne Tax flau		46.25 bezahlt.

### Auktionat.

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,00 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 18,00—19,00 per 100 kg " II 17—17,50 A Roggenkleie " 0,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 9,25—9,75 A

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr. 00 22,50 Roggengemehl Mr. 0 I 20,50 per 100 kg " I 20,00—21,00 per 100 kg " I 19,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg " II 14,00—14,50 per 100 kg egli. Gad. 9,75—10,50 per 100 kg egli. Gad. 10,25

Die Mühlen und Mehlschänder von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Mr